

Der Anschluss

Herausgegeben vom
Österreichisch-Deutschen Volksbund
 Wien

7. Jahrgang
 Folge 5
 Juni-Ausgabe

Erscheint ein- bis zweimal im Monat, bezugsbar durch Buchhandlungen und
 Trafiken oder unmittelbar durch den Verlag der Zeitschrift, Wien, IX., Wäh-
 ringergasse 25 a, Fernruf A 24-102, Postsparkassenkonto 44.206. Jahres-
 bezug S 3.—, für das Reich M 2.50 (für Mitglieder des Volksbundes
 S 2.—, bzw. M 2.—). Unverlangte Beiträge werden nur rückgesendet,
 wenn Freimarken beiliegen. — Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Samstag, 24. Juni
 1933

Anzeigenpreise in Schilling:
 1/2 Seite S 900.—, 1/4 S 500.—, 1/8 S 280.—, 1/16 S 160.—, 1/32 S 90.—,
 1/64 S 50.—. Die viermal gespaltene Petitseite S 4.—. Keine Verbindlich-
 keit für die Angeigenaufnahme in eine bestimmte Nummer. — Angeigen-
 vermittlung nur durch die Verwaltung der Zeitschrift „Der Anschluss“,
 Wien, IX., Währingergasse 25 a. — Mit E bezeichnete Text ist entgeltlich.

Preis 20 Groschen
 für das Reich
 15 Pfennig

Die österreichische Front (Aus Deutschösterreichs neuester Geschichte)

Dem österreichischen Menschen von heute und den künftigen Erforschern der Geschichte des Kampfes
 um die Deutsche Einheit gewidmet vom Österreichisch-Deutschen Volksbund.

In einem Zeitpunkte, in dem wir das überaus traurige Schauspiel erleben, daß eine Welt, die noch immer die Welt von Versailles und St. Germain ist, einen österreichisch-deutschen Konflikt verzeichnet; in einem Zeitpunkte, in dem die ehemals besorgtesten Gegner des Deutschstums und des deutsch-österreichischen Zusammenschlusses mit tiefer Befriedigung aus Deutschösterreich den Ruf vernehmen: „Das Ausland ist für uns!“ — in diesem Zeitpunkte wendet sich der Österreichisch-Deutsche Volksbund, eingedenk seines vieljährigen, durch den Lärm des Parteistreites unbeeinflussbaren Kampfes gegen den Versuch, durch eine „vaterländische“ Propaganda den „österreichischen Menschen“ gegen den Gedanken der österreichisch-deutschen Schicksalsgemeinschaft auszuspielen. In dieser Folge des „Anschluß“ ist der Tagespolitik kein Raum vorbehalten:

Das Wort hat die Österreichische Front!

So trat das deutsche Österreich nach dem Zusammenbruche der alten Donaumonarchie in Europas Nachkriegsgeschichte: Am 12. November 1918 beschloß die Nationalversammlung Deutschösterreichs einstimmig und feierlich als Artikel 2 der Verfassung:

Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.

Dieser Beschluß drang empor aus der Wurzeltiefe nationalen Empfindens, es war, als hätte der Blutschlag der großen Katastrophe den einzigen gangbaren Weg für die Ostmarkdeutschen erhellt: den Weg nach Hause! Aber in St. Germain sprach George Clemenceau den Segen für die Schaffung der „Drehscheibe von Mitteleuropa“, sein Wort war unbekümmert um die kommende Not eines deutschen Stammes:

„Der Rest heißt Österreich!“

Im Jahre 1921 versuchten es die Bundesländer, gegen die Zerreißung des Dokumentes unseres Selbstbestimmungsrechtes dem Volkswillen vor der Weltöffentlichkeit Ausdruck zu verleihen:

Volksabstimmung für den deutsch-österreichischen Zusammenschluß in Tirol 98,6% aller abgegebenen Stimmen,
 in Salzburg 99%.

Volksabstimmung in Tirol.

Rundgebung der Tiroler Landesvertretung vom 9. April 1921.

„Einhellig sind Landesregierung, Landtag und Parteienvertreter aller Parteien zur Überzeugung gelangt, daß nur ein Weg zur Rettung führt: Der Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet, der Zusammenschluß mit den übrigen im Deutschen Reiche vereinten deutschen Stämmen und Ländern. Darum beschloß Euer Landtag einstimmig, an das Tiroler Volk die Frage zu richten, ob es diesen Anschluß wünsche und fordere. Diese Frage wird das Tiroler Volk am 24. April beantworten.“

Tiroler und Tirolerinnen! Lasset Euch nicht weiter von Vorspiegelungen falscher Tatsachen verblenden und verlocken; sie waren unwahr und werden unwahr bleiben. Wer seine Heimat wirklich liebt, wer seinen Kindern und Kindeskindern eine bessere Zukunft sichern will, wer die widernatürlichen geographischen Grenzen des Landes wieder verwischen, wer eine dauernde Gesundung unseres Wirtschaftslebens erlangen will, der gibt am 24. April seine Stimme für den natürlichen Zusammenschluß Tirols mit den Stammesbrüdern im Deutschen Reich ab. Der 24. April wird ein historisch entscheidender Tag in der Geschichte des Landes Tirol sein.

Tiroler! Tirolerinnen! Setzt Euere erwählten Vertreter durch Bejahung des Anschlußwillens in die Lage, den auf Grund der Friedensbedingungen möglichen und ordnungsmäßigen Weg der Befreiung aus Not und Elend mit Erfolg zu betreten.

Die Mitglieder der Obmännerkonferenz: Dietrich, Gehhart, Greil, Gruener, Peer, Pusck, Schraffl, Steidle, Straßner, Stumpf.

Laut „Neues Wiener Tagblatt“ vom 15. April 1921 erklärte namens der Landesregierung Landesrat Dr. Steidle, daß die Landesregierung vor der Drohung der Entente nicht zurückweichen werde.

Die „Salzburger Chronik“ schreibt:

Am 13. Mai 1921.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Rehr erklärte namens der Christlichsozialen Partei, daß diese für den Anschluß sei und heute noch auf dem Boden des Landtagsbeschlusses steht.

Am 19. Mai 1921.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Rehr erklärte, die Christlichsoziale Partei steht auf dem Standpunkt, daß sie alle ihre Kraft für die Abstimmung am 29. Mai einsetzt.

Am 19. Mai 1921.

Bürgermeister Preis (Chr.-Soz.): „Eng verbunden mit dem Deutschen Reiche wollen wir den Weg des Wiederaufbaues des gesamten deutschen Volkes gehen.“

Am 25. Mai 1921.

„Der Gedanke, alles, was deutsch ist, auch in einer politischen Einheit zusammenzuschließen, ist so schön, daß er kaum einen ernstlichen Gegner finden dürfte.“

Am 28. Mai.

Landtagsabgeordneter Kooperator Hasenauer: „Die Salzburger Volksabstimmung soll nichts anderes sein als der stille, freudige Ausdruck heißer, unerfüllter Herzenswünsche, als der laute Verzweiflungsschrei eines zum Tode verurteilten Wölkleins.“

Weitere Länderabstimmungen wurden von den Siegermächten unter Androhung der Hungerblockade verboten!

So wurde Österreichs Eigenstaatlichkeit geboren!

Österreich und das Deutsche Reich schritten nunmehr beraubt und verstümmelt, verarmt und ohnmächtig durch die Jahre der Not, der schwersten inneren Erschütterung, durch Hunger und Inflation in die neueste Geschichte.

So schritt das deutsche Österreich in die neueste Geschichte:

Regierungserklärungen:

Bundeskanzler Dr. Seipel

Am 20. Oktober 1926:

„Vielleicht hat in den letzten Jahren niemand so viel Mühe darauf verwendet als ich, immer wieder zu sagen, wieviel uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reich verbindet. Ich werde in dieser Aufklärungsarbeit auch als Bundeskanzler nicht ermüden. Wir sind glücklich, daß der in diesem Jahre erfolgte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund . . . uns das Zusammenarbeiten mit dem großen Bruderreich auch im Rahmen des Völkerbundes möglich macht.“

Am 19. Mai 1927:

„ . . . Ganz besonders am Herzen liegt uns die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren Brüdern im Deutschen Reich. Auf allen geistigen Gebieten kann das Verhältnis nicht mehr enger werden. Es ist in unserer gemeinsamen Abstammung, Kultur und Geschichte begründet. Daß wir darüber hinaus auch jede wirtschaftliche und sonstige Annäherung der beiden Staaten fördern und wünschen, die je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist, weiß alle Welt.“

Bundeskanzler Dr. Ramek

Am 15. Jänner 1926:

„ . . . Es wird eine der wichtigsten Aufgaben jeder österreichischen Regierung sein, diese Entwicklung . . . rechtzeitig zu erkennen und in ihr für Österreich den Platz zu gewinnen, der unserem Volke in dem ihm von der Natur selbst vorgezeichneten größeren Wirtschaftsgebiet seine Zukunft sichert.“

Bundeskanzler Stresemann

Am 8. Mai 1929:

„Die auswärtige Politik der neuen Regierung wird sich an jene Zeitlinien halten, die schon bisher maßgebend waren. Sie sind: Weitere Ausgestaltung der freundlichen Beziehungen zu allen Staaten, besonders zu den Nachbarn, und unter diesen wieder vornehmlich zum Deutschen Reich, mit dem wir kraft unserer gemeinsamen Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur uns aufs engste verbunden fühlen.“

Bundeskanzler Dr. Schöber

Am 20. September 1929:

„Unsere Politik ist eine friedliche. Wir wissen uns in dieser Politik eins mit dem Deutschen

Reich, dem wir in bösen wie in guten Tagen brüderliche Treue halten wollen.“

Bundeskanzler Dangois

drahtete am 1. Oktober 1930 an Reichskanzler Dr. Brüning:

„Anlässlich der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Republik Österreich entbiete ich Ihnen, Herr Reichskanzler, meine aufrichtigsten Grüße und verbinde damit die Versicherung, daß ich gleich meinen Amtsvorgängern in der Pflege und Vertiefung der innigen brüderlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich eine meiner vornehmsten und mir am meisten am Herzen liegenden Pflichten erblicke.“

Bundeskanzler Dr. Ender

Am 5. Dezember 1930:

„Insbesondere im Verhältnis zum großen deutschen Bruderstaat wird die Bundesregierung die traditionelle, durch die Gleichheit des Stammes, der Sprache und Kultur gegebene, als in der Natur der Dinge begründete herzliche und offene Freundschaft pflegen und weiterhin stets bemüht sein, dieses Verhältnis auf allen Gebieten noch inniger zu gestalten.“

Bundeskanzler Dr. Buresch

Am 23. Juni 1931:

„Insbesondere die alte brüderliche Freundschaft, die uns mit dem Deutschen Reich verbindet, wird als wertvollster Bestandteil unserer Außenpolitik von der gegenwärtigen Regierung mit aller Sorgfalt gepflegt werden.“

Am 5. Februar 1932:

„ . . . Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten, Nachbarn wie räumlich getrennten und hierbei in erster Linie selbstverständlich zum stammverwandten Deutschen Reich, zu dem wir in brüderlicher Freundschaft stehen.“

Bundeskanzler Dr. Dollfuß

Am 27. Mai 1932:

„ . . . Österreich wird sich bemühen, mit allen Staaten in Freundschaft und Frieden zu leben. Dabei wird und muß alle Welt verstehen, daß wir uns als selbstständiger deutscher Staat — bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage unserer Heimat — in engster Freundschaft mit dem Deutschen Reich verbunden fühlen — einer Freundschaft, die berechtigt und verpflichtet.“

Parteiprogramme:

Die Christlichsoziale Partei:

„Insbesondere verlangt sie auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der europäischen Völkerfamilie und die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.“ (Punkt 8 des Parteiprogramms.)

Die Sozialdemokratische Partei:

„Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolutionen von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluss an die deutsche Republik.“

Der Österreichische Landbund:

„Der Landbund will im deutschen Landvolk das nationale Einheitsgefühl heben und vertiefen. Der Zusammenschluß aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einzigen Deutschen Reich bildet sein unverrückbares außenpolitisches Ziel.“

Die Großdeutsche Volkspartei:

„Der unverrückbare Leitstern unserer Außenpolitik ist der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Das Streben nach der Vereinigung aller Volksgenossen in einem staatlichen Verband liegt naturgemäß im Wesen der Volksgemeinschaft. Die Angleichung unserer

Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen hat den Anschluss vorzubereiten und zu erleichtern.“

Die Mittelfränkische Partei:

„ . . . In dieser Gemeinschaft mit der Reichspartei des deutschen Mittelstandes, die kein Friedensdiktat verhindern kann, erblickt die Mittelfränkische Volkspartei die wirksamste und sicherste Vorbereitung für die endliche vollständige Vereinigung mit dem Deutschen Reich . . .“

Die Bürgerlich-demokratische Partei:

„Anschluss an das Deutsche Reich; Durchführung des kulturellen und wirtschaftlichen An-

schlusses, solange die Verhältnisse die staatsrechtliche Vereinigung nicht gestatten; Feststellung des Anschlusswillens durch Volksabstimmung.“

Der Heimatblock:

„Der Heimatblock kämpft für ein einiges, großes und starkes Deutsches Reich.“

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei:

„Wir wollen ein freies Österreich im großen deutschen Staat.“

Und als zehn Jahre nach dem feierlichen Beschlusse der deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 vergangen waren, zehn Jahre der Abhängigkeit und Unterdrückung, zehn Jahre minderen Rechtes in einem Europa, das die Gewaltverträge in Sieger und Besiegte, in Voll- und Minderberechtigte eingeteilt hatten, zehn Jahre eines übermächtigen Kampfes, der von außen gegen unser nationales Selbstbestimmungsrecht geführt worden war — als diese zehn Jahre deutscher Not vergangen waren, rief der Österreichisch-Deutsche Volksbund das deutsche Volk in Österreich zu einem neuerlichen Treuschwur für den Gedanken der deutschen Einheit auf.

Die Bekenntnisformel, die wir den politischen, den geistigen und wirtschaftlichen Führern Österreichs vorlegten, lautete:

„Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“

Artikel 2 der deutschösterreichischen Verfassung, einstimmig beschlossen von der deutschösterreichischen Nationalversammlung am 12. November 1918.

„Heute, zehn Jahre nach dem 12. November 1918, und immerdar, halten wir in Treue fest an diesem Beschluß und bekräftigen ihn durch unsere Unterschrift.“

Dieses Treuebekenntnis zu Großdeutschland unterschrieben:

Die Nationalratspräsidenten
Matthias Eldersky; Dr. Leopold Waber.

Alt-Bundeskanzler, Minister, Parteiführer und Fraktionsführer, Landeshauptleute, Landes- und Stadträte, Landtagsabgeordnete:

Dr. Rudolf Ramek, Alt-Bundeskanzler; Dr. Karl Renner, Staatskanzler a. D.; Bundeskanzler a. D. Ernst Stresemann; Bundesminister Ing. Vinzenz Schumy, als Landtagsabgeordneter und Landeshauptmann a. D.; Vizekanzler

Ing. Franz Winkler, als Landesrat bei der steirischen Landesregierung; Karl Seig, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien; Landeshauptmann von Salzburg Dr. Franz Nehrl; Prof. Dr. August Botawa, Obmann

der Großdeutschen Volkspartei; Prof. Dr. Ernst Schönbauer, Fraktionsführer des Landbundes; Stadträte von Wien: Hugo Breitner; Oskar Kofler; Karl Richter; Paul Speiser; Anton Weber.

Die Bundesversammlung:

Die Nationalräte
Simon Abram; Heinrich Allina; Sepp Ammann; Friedrich Austerlitz; Dr. Otto Bauer; Emil Baumgärtel; Felix Bichl; Anna Boschet; Alois Bauer; Hans Brachmann; Rudolf Buchinger, Bundesminister a. D.; Alois Burgstaller; Heinrich Clesfin; Dr. Robert Danneberg, Landtagspräsident; Matthias Dersky; Dr. Julius Deutsch, Staatssekretär a. D.; Hubert Dewaty; Franz Domes; Dr. Karl Drexler; Adolf Duda; Matthias Dufcher; Anton Ebner; Dr. Arnold Eisler, Unterstaatssekretär a. D.; Doktor Wilhelm Ellenbogen, Unterstaatssekretär a. D.; Anton Fahrner; Anton Falle; August Forstner; Emmy Freundlich; Josef Gabriel; Josef Gahner; Otto Glöckel, Unter-

staatssekretär a. D.; Dr. Iring Grailer; Hans Hammerstorfer; Dr. Ernst Hampel; Alexander Hareter; Josef Hartmann; Eduard Heintl, Bundesminister a. D.; Hermann Hermann; Augustin Heuberger; Dr. Franz Hofer; Karl Hohenberg; Anton Holz; Norbert Horvath; Anton Hueber; Johann Janecsek; Oskar Janicki; Dr. Anton Jenzabel; Felix Kern; Thomas Klimann, Oberst d. R.; Karl Klimberger; Simon Klug; Dr. Erich Kneuß; Rudolf Kroboth; Hans Lagner; Adolf Lasser; Karl Leutner; Rudolf Markschlager; Franz Mayrhofer; Theodor Meißner; Franz Moßhammer; Hans Muchitsch; Adolf Müller; Hans Müller; Franz Raver; Franz Rarer; Karl Riedl; Felix Ristler; Franz Plaffer; Johann Pölzer; Adelheid Popp;

Anton Proft; Hans Prodingner; Gabriele Proft; Paul Richter; Eduard Rieger; Eduard Risch; Georg Sailer; Wilhelm Scheibin; Wilhelm Schiegl; Paul Joh. Schlesinger; Pius Schneeberger; Amalie Seidl; Ing. Richard Seidel; Albert Sever; Ferdinand Skaret; Johann Smilla; Felix Stika; Dr. Sepp Straßner; Karl Striebnig; Rudolf Strunz; Ing. Stefan Tauschig; Josef Teufel; Josef Tomshil; Marie Tusch; Karl Volker; Dr. Otto Wagner; Dr. Erwin Wais, Unterstaatssekretär a. D.; Dr. Emil Weidenhoffer; Rajetan Weiser; Josef Wiesmaier; Josef Witternigg; Hans Wihany; Josef Zangl; Rudolf Zarboch; Franz Zelenka; Josef Zwanzger.

Die Bundesräte
Theodor Berger; Marie Benthmann; Rudolf Büchler; Rudolf Burgmann; Franz Christoph; Wilhelm Eich; Georg Emmertling, Vizebürgermeister von Wien; Dr. Franz Gemala; Anton Höpfl; Prof. Dr. Karl Gottfried Hugelmann, Vorsitzender Stellvertreter des Bundesrates; Ferdinand Kernmaier; Max Klein; Theodor Körner, General d. R.; Anton Linder; Dr. Otto Lutz; Reinhold Machold; Rudolf Müller; Anton Osenböck; Rudolf Pechall; Josef Prantl; Robert Preußler, Landeshauptmannstellvertreter in Salzburg; Dr. Franz Reiprecht; Frau Dr. Olga Rudek-Zeynet; Raimund Sajfist; Hans Schabes; Rudolf Schläger; Johann Schorsch; Josef Stöckler, Staatssekretär a. D.; Ludwig Tuller; Max Winter.

Also: Im Jahre 1928 haben sich innerhalb der wenigen Tage, welche für diese Unterschriftensammlung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes zur Verfügung standen,

zwei Drittel der Bundesversammlung zu Großdeutschland bekannt: „Heute und immerdar —“

Es unterschrieben ferner bedeutende Vertreter der staatlichen Verwaltung und Rechtspflege, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kunst.

Die Würdenträger der Verwaltung:

Dr. Josef Dinghofer, Präsident des Obersten Gerichtshofes; Dr. Erwin Höppler, Generalstaatsanwalt; Prof. Dr. Gustav Walker-Hübel, Präsident des Abrechnungs-Gerichtshofes; Hofrat Glaise-Horsienau, General-

staatsarchivar; Sektionschef Dr. J. Harteß; Hofrat Prof. Dr. Heinrich Klang; Bundesminister a. D. Prof. Dr. Emerich Czernak; Dr. Rudolf Paltan, Justizminister und Oberlandesgerichtspräsident a. D.; Dr. Friedrich

Wichinger, Präsident des Landesgerichtes II; Dr. Ludwig Wittner, Generalstaatsarchivar; Dr. Lothar Groß, Oberstaatsarchivar; Doktor Hanns Fischböck, Senatspräsident; Dr. Heinrich Kretschmayr, Ministerialrat; Dr. Ernst

Ramsauer, Hofrat; Emil Kraft, Minister a. D.; Dr. Egbert Mannlicher, Senatspräsident; Dr. Franz Marinitsch, Oberlandesgerichtsrat; Dr. Gustav Groß, letzter Präsident des Österreichischen Reichsrates.

Männer der Wissenschaft:

Ihre Magnifizenzen, die Rektoren der Universitäten und Hochschulen:

Prof. Dr. Theodor Zinniger, Rektor der Universität Wien; Prof. Dr. Ing. Friedrich Hartmann, Rektor der Technischen Hochschule in Wien; Prof. Josef Jungwirth, Rektor der

Akademie der bildenden Künste; Prof. Dr. A. Schmid, Rektor der Akademie für Musik und darstellende Kunst; Prof. Dr. Ed. Martinek, Rektor der Universität in Graz; Prof. Dr. S.

Wopfner, Rektor der Universität in Innsbruck; Prof. Dr. Oswald Redlich, Präsident der Akademie der Wissenschaften; Prof. Dr. Heinrich

Brell, Rektor der montanistischen Hochschule, Leoben; Prof. Dr. Josef Bick, Generaldirektor der Nationalbibliothek.

Die Hochschulpromessoren:

Prof. Dr. Othenio Abel; Prof. Dr. Carl Brodhagen; Prof. Dr. Felix M. Egner; Prof. Dr. A. Grengg; Prof. Dr. E. Hellerbrand; Prof. Dr. Karl Hohenegg; Doz. Dr. A. Hochstätter; Hofrat Prof. Dr. Anton Lampar; Prof. Julius Marchet; Prof. Dr. A. Mitter; Prof. Dr. Leopold Srlen; Prof. Dr. Ludwig Radermacher; Prof. Dr. Albert

Schneider; Prof. Dr. Erwin Strassky; Prof. Dr. Hans Voltolini; Prof. Dr. Fritz Wille; Hofrat Prof. Dr. F. Bede; Prof. Dr. Arnold Durig; Prof. Dr. Ernst Finger; Prof. Dr. Michael Haberlandt; Prof. Dr. Wilhelm Hede; Prof. Dr. F. Hochstetter; Prof. Dr. Rud. Kobatsch; Prof. Dr. A. Ledn; Prof. Dr. Adolf Merkl; Prof. Dr. W. Neubauer; Prof.

Dr. A. Ortner; Prof. Dr. Ing. A. Saliger; Prof. Dr. E. Schwiedland; Prof. Dr. Milan Josef Stritar; Prof. Dr. Hans Übersberger; Prof. Dr. M. Wlassat; Prof. Dr. Josef Bohatec; Prof. Dr. Gustav Eng; Prof. Dr. S. Gompertz; Prof. Ing. Rudolf Halter; Prof. Dr. Julius Hohenegg; Prof. Dr. Richard Hoffmann; Prof. Dr. J. Kupka;

Prof. Dr. Adolf Lorenz; Prof. Dr. Ludwig Mises; Prof. Dr. Eugen Oberhammer; Prof. Dr. Alexander Pilez; Prof. Dr. Walter Schiff; Prof. Dr. Heinrich (H. v.) Srbil, Bundesminister a. D.; Prof. Ing. Siegfried Theib; Prof. Dr. Julius Wagner-Sauregg.

Die Männer der Wirtschaft:

Dr. Josef Maschat, Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen a. D.; Dr. Friedrich Schuster, Minister a. D.; Dr. Siegfried Straßhof-Geldringen, Großindustrieller; Dr. Ernst Mayer-Stöckle; Regierungsrat F. Kaxwendel, Kammeramtsdirektor der Kam-

mer für Handel, Gewerbe und Industrie in Linz; Hofrat Dr. Max Layenthal, Kammeramtsdirektor der Wiener Handelskammer a. D.; Ing. Dr. Taussig, Direktor der Bundesbahnen a. D.; Gustav Klein, Generaldirektor; Dr. Richard Faber, Großindustrieller; Dr. Ing. Heinrich

Goldemund, Präsident, Stadthandelsrat a. D.; Kommerzialrat Theodor Köcher; Dr. Oskar Jaglits, Direktorstellvertreter der Landeshypothekenaufsicht für Niederösterreich; Hermann Randl, Handelskammerpräsident; Dr. E. A. Bachofen-Echt, Kammerpräsident, Großindustrieller.

ler; Generaldirektor Ernst Prinzhorn, Kammerpräsident; E. von Seutter-Löwen, Großindustrieller; Dr. Alexander Adensamer, Industrieller; Dr. Josef Pehl, Direktor des Österreichischen Verkehrsvereins.

Die Künstler:

Wanda Hahsel-Klemens, Kammerfängerin; Prof. Hans Bitterlich; Franz Theodor Czokor; Robert Sohlbaum; Dr. Mirko Zelusich; Paul Klingenberger; Chormeister Prof. Carl Luzer; Hugo Reichenberger, Kapellmeister der Staatsoper; Dr. Arpad Weizlgärtner; Prof. Ferdinand Andri; Hofrat Julius Bittner; Prof. Alois Delug; Hofrat Rudolf Solzer; Dr. Wilhelm Kienzl; Richard Kralik; Kammerfänger Georg Mail; Hof-

rat Prof. Alfred Koller; Hofrat Anton Wildgans; Prof. Leopold Bauer, Archivar; Hermine Cloeter; Franz Karl Ginzler; Hofrat Josef A. Jatsch, Ehrenvorsitzender des Österreichischen Sängerbundes; Emil Luda; Dr. Th. S. Mayer; Otto Sonka; Prof. Alexander Wunderer.

katholisches Österreichertum, 3. Jahrgang, 1929/30, Juli-August, 2. Heft, wurde das rechtmäßige Zustandekommen der Unterschrift des großen katholischen Führers Dr. Richard Kralik angezweifelt.

„Meine lieben Freunde!

Im Mai-Juni-Heft stellt Ihr auf Seite 19 die Frage, wie es sich mit meiner Unterschrift zum Anschlussgedanken verhalten mag.

Ich halte es für meine Pflicht, offen zu bekennen, daß diese Unterfertigung ganz loyal zustande kam. Ich bin befragt worden und habe meine Zustimmung gerne gegeben.“

*) In der Zeitschrift „Vaterland, Blätter für

Tausende von Unterschriften konnten wegen Raummangels nicht veröffentlicht werden.

Wohlan! Wir haben den Kampf des unterdrückten deutschösterreichischen Volkswillens gegen eine von den Siegern erzwungene österreichische Eigenstaatlichkeit geschildert, einen Überblick über die letzten Regierungserklärungen und Parteiprogramme vorgelegt, das Treuebekenntnis zu Großdeutschland vom Jahre 1928 in Erinnerung gerufen! Die Fülle unseres Archivs ist erdrückend! Wir müssen Raum sparen, wir greifen ins Volle:

Bundespräsident Miklas sagte:

In seinem Neujahrsgruß am 1. Jänner 1929 für die christlichsozialen Blätter, in welchem er an den Artikel des Grundgesetzes von 1918 erinnerte: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ Weiter heißt es in dem Aufsatz: „Noch eines haben uns die Festtage des heutigen Sommers gezeigt, den Klaren, reinen Zusammenklang unserer Herzen mit jenen unserer Brüder im Deutschen Reich, und überall sonst in der Welt, wo deutsche Mutterlaute erklingen.“

Wenn uns auch Grenzpfeile trennen, wir gehören doch alle zusammen zu einem Volk!“

Anlässlich der Weihe der Heldenorgel im Mai 1931 auf Burg Geroldsdorf in Aufstein:

„Und wenn die Orgelweise dann übergeht in hehren Triumphgesang, dann künde sie der Welt, daß Deutschland und Österreich, ungetrennt durch

ihr gemeinsam erduldetes Schicksal, unbeirrt weiter fortzuschreiten auf den Bahnen friedlicher Aufbauarbeit und edler deutscher Gesittung. Sie künde aber auch, daß die Zeit des deutschen Bruderkampfes, in der auf den Schlachtfeldern Deutsche wider Deutsche standen, für immer vorbei ist und daß alle deutschen Stämme in Ost und West, in Süd und Nord für immer einig bleiben wollen. D m öchte es doch die Welt so recht verstehen, daß diese Einigkeit des deutschen Volkes, des großen Volkes der Mitte, zugleich auch Voraussetzung und stärkstes Unterpfand eines dauerhaften Friedens Europas ist.“

Auf dem Festbankett der Burgenlandfeier am 12. September 1931 in Eisenstadt:

„Es ist mir bekannt, daß an diesem schönen Feste und auch an dieser Korona sich illustre Gäste

aus dem Deutschen Reich beteiligen. (Stürmische Heilrufe.)

Als Bundespräsident von Österreich begrüße ich bei diesem österreichischen Feste diese Männer um so mehr, als sie ja gewiß die Eigenheit und die Eigenart jedes deutschen Stammes so recht zu schätzen wissen.

Wir haben auch unsere Besonderheiten, wir haben unsere Eigenart und der Burgenländer hat auch seine Eigenart, genau so wie die anderen Bewohner unseres Bundeslandes; aber darüber hinaus verbindet uns doch etwas Gemeinsames, nämlich die Zugehörigkeit zum gesamten deutschen Volke (großer Beifall und Handklatschen), die Zugehörigkeit zu einem Volke, mit dem wir durch eine jahrhundertelange Geschichte, durch unsere Abstammung, aber auch durch ein gemeinsames Schicksal für alle Zeiten verbunden bleiben.

Das Gemeinsame, das über alle Besonderheiten der einzelnen hinausgeht, diese burgenländische Gemeinschaft drückt sich im Burgenlande durch etwas Besonderes aus: Hier im Burgenlande ist die Land-Hymne entstanden, die die österreichische Bundeshymne ist und die mit gleicher Liebe und Begeisterung in Deutschland als Nationalhymne gesungen wird. (Handklatschen.) Das verbindet uns zu einer höheren Gemeinschaft.“

Für ein Mitteleuropa mit dem Deutschen Reich.

„... Selbstverständlich fühlen wir Österreicher uns als ein deutscher Stamm, der sich von den übrigen deutschen Stämmen niemals wird trennen lassen, mögen auch politische Grenzpfeile dazwischen aufragen!“ (Aus einem am 12. November 1932 veröffentlichten Gespräch.)

Österreichische Politiker sprechen:

Bundestanzler Dr. Seipel in einer Presseunterredung im Juni 1928:

„Wie ich zum Anschluss stehe. Ich will ganz aufrichtig antworten: Heute schon sind wir mit Deutschland in einem viel höheren als im rein staatsrechtlichen Sinne verbunden, unlösbar verbunden. Irgend eine Kombination, die Deutschland ausschließt, kommt für uns in alle Zukunft nicht in Frage, aus wirtschaftlichen und gefühlsmäßigen und tausend anderen Gründen.“

In seinem Interview in der „Neuen Freien Presse“ vom 9. Juni 1928 hatte er gesagt:

„Irgend eine Kombination, die Deutschland ausschließt, kommt für uns in alle Zukunft nicht in Frage.“

Am 27. Juni 1928:

„Aber niemals werden wir glauben, daß die mitteleuropäische Frage gelöst ist, wenn der große Staat, der das eigentliche Mitteleuropa ausfüllt, das Deutsche Reich, bei dieser Lösung nicht mit dabei ist.“

Bundestanzler Dr. Seipel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 14. September 1928:

„Ich für meine Person glaube so stark an die Zukunft des deutschen Volkes im Reich und in Österreich, daß ich ein zeitweiliges Zurückstellen von Fragen, mit denen das Schicksal unseres Volkes verknüpft ist, nicht auch schon als ein Aufgeben dieser Fragen ansehen kann.“

Landeshauptmann Raucher in der konstituierenden Sitzung des neu gewählten burgenländischen Landtages am 21. Mai 1927:

„... Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß die burgenländische Bevölkerung keine Ursache zur Unruhe habe. Er ist dem wiederholt aufgetauchtem Gerücht eines Rückfalls unseres Landes an Ungarn entgegengetreten. Dieser Landtag hat sich mit dieser Frage schon wiederholt beschäftigt und seinem Willen Ausdruck gegeben, nie und nimmer eine Loslösung unserer deutschen Bevölkerung von der großen deutschen Völkergemeinschaft zuzulassen. Dieser Landtag hat auch wiederholt feierlich bekundet, daß die burgenländische Bevölkerung mit heller Begeisterung einen engeren Anschluss an das große Deutsche Reich wünscht, weil es von diesem Anschluss nicht nur eine Genesung ihrer wirtschaftlichen Leiden erwartet, sondern weil auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit,

der Drang des Blutes, eine Vereinigung auf immerwährende Zeiten fordert.“

Altbundestanzler Streeruwitz im Februar 1930 in Prag:

„Wir Österreicher fühlen uns als ein Teil eines solchen Volkes, das sich seine Abstammung, seine Geschichte, aber auch seine Zukunft von niemand nehmen läßt. Selbstbestimmung auch für die Deutschen kann durch keine Verträge gelöst werden. Es ist die allererste Voraussetzung künftiger Gefundung. Wir können warten, die Zeit ist mit uns!“

Am 22. Mai 1930 in Würzburg:

„Österreichs Nationalversammlung habe am 6. September 1919 einstimmig gegen den Friedensvertrag protestiert, der dem österreichischen Volke das Selbstbestimmungsrecht raubt und die Hoffnung auf baldige Vereinigung nimmt. Auf diesem Boden stehe der österreichische Nationalrat heute noch, er sei heute mehr wie je von der Notwendigkeit des Anschlusses überzeugt. Wenn wir zu Ihnen kommen, wollen wir nicht als Bittsteller kommen, sondern als gleichberechtigte deutsche Bürger.“

Seitensrat Dr. Wasserbäch, ehem. Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, im April 1930 in „Der Jungdeutsche“:

„Keiner österreichischen Regierung wird es jemals einfallen, einer wirklichen Volksbewegung mit amtlichen Maßnahmen und Erlässen begegnen zu wollen, selbst wenn sie sich das Ziel dieser Volksbewegung nicht zu eigen machen würde. Die Stellung der österreichischen Regierung zur Anschlussfrage ist vollkommen klar.“

Nationalrat Dr. Julius Deutsch in einem Artikel: „Der Anschluss eine Friedensbürgschaft“ in der Zeitschrift „Der Anschluss“ am 12. November 1928:

„Anschluss und Frieden sind keine Gegensätze, sondern eine innere Einheit. Sieherzustellen ist die vornehmste Aufgabe einer Politik, die sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte des eigenen Volkes, wie vor der Geschichte Europas bewußt ist.“

Staatskanzler a. D. Dr. Renner in „Der Kampf“ vom 15. Februar 1930:

„Entweder erhofft man von Wien und Budapest eine Restauration der habsburgischen Herrschaft oder man hofft, im Bunde mit Ungarn den Kern einer Donauöderation zu bilden. Beide Annahmen sind offene Illusionen, ohnmächtige Wunschträume der Tradition. Beide aber sind in ihren Grundzügen völlig anachronistisch. Die christlichsoziale Partei wird sich eben entscheiden müssen: Ungarn oder Deutschland? Wenn sie sich nicht entscheidet, werden die Wähler darüber entscheiden.“

Bundestanzler Dr. Ramek in der Zeitschrift „Der Anschluss“ am 16. Juli 1929:

„... so müßte gerade im Zeitalter des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedermann das Streben Österreichs und Deutschlands nach einem einheitlichen Staatswesen begreiflich und selbstverständlich finden.“

Wir Österreicher aber erfüllen unserem Volke gegenüber ein sittliches Gebot, wenn wir unentwegt für den Anschluss unserer Heimat an das große deutsche Vaterland ringen und dieses Ziel mit heißer Sehnsucht erstreben.“

Am 16. Jänner 1930:

„Der einzige Weg zur Befreiung ist der wirtschaftliche Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich, mit dem uns Stammesgleichheit, Einheit der Sprache und Kultur verbinden.“

Nationalrat Dr. Schuchnigg auf dem Landesparteitag der bayr. Volkspartei im November 1929:

„Die öffentliche Meinung Österreichs sei sich mit wenigen Ausnahmen ziemlich klar, daß eine länderweise Loslösung vom alten Staat und ein separater Anschluss einzelner Länder nicht in Frage kommen könne. Für das neue Reich könne es nur ein auch seinerseits bundesstaatlich gestaltetes Österreich geben. Der Ausdruck „Anschluss“ sei nicht sonderlich glücklich gewählt. Der große deutsche Gedanke spreche besser vom Zusammenschluß als der einzigen staatsrechtlichen Möglichkeit, die dem Föderalismus Rechnung trage. Diesem Zusammenschluß vorzugreifen, zunächst auf wirtschaftlichem, vor allem aber auf rein kulturellem Gebiet können weder die Friedensverträge noch die Grenzen uns hindern.“

Bundesrat Dr. Többl, Generalsekretär des Christlichsozialen Volksverbandes für Niederösterreich, in Würzburg am 22. Mai 1930:

„... als katholische Männer Österreichs hätten sich die Niederösterreicher vor Gott und den Genossen verpflichtet für Deutschland auch für alle zukünftige Zeit. Als Katholiken seien sie besonders geeignet, die Brücke zwischen Österreich und Deutschland zu schlagen; sie würden niemals gegen Deutschland gehen; alle Versuche dazu würden sie mit aller Schärfe zurückweisen, wie es ihr großer Kanzler Seipel getan habe. So sehr sie ihre österreichische Heimat liebten, so sehr liebten sie Deutschland.“

Nationalrat Dr. Bauer, gelegentlich einer Debatte über das Creditanstaltsgesetz im Jahre 1931:

„Wir sehen seit einigen Tagen mit ernstester Beforgnis, daß, wenn es nicht mit wirtschaftlichen Mitteln gelingt, die notwendige Kredithilfe zur Wiederherstellung der Liquidität der Creditanstalt zu erlangen, die Regierung in eine Situation gebracht werden könnte, in der sie die notwendigen Mittel vielleicht auch ohne Staatsgarantie bekommen könnte, aber nur um den Preis, daß ein politisches Zugeständnis von schwerstem Gewicht einer ausländischen Macht dafür gegeben wird.“

Das ist für uns ein Grund mehr. Wir wollen durch die Haftung des Staates die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Stützung der Creditanstalt auf wirtschaftlichem Wege ermöglichen, weil wir nicht wollen, daß die Verhütung einer wirtschaftlichen Katastrophe um einen Kaufpreis politischer Natur erkaufte werden muß... Nieber Opfer bringen als die Freiheit dieses Volkes verkaufen müssen!“

Minister a. D. Nationalrat Kollmann, Bürgermeister von Baden, bei einer Versammlung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes am 21. März 1931:

In seinem Schlusswort begrüßte der Vorredende Minister a. D. Nationalrat Kollmann die Tätigkeit des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und bekannte sich zu dem Grundsatze, „daß gleich jedem anderen Volke auch das deutsche Volk das Recht auf die Herstellung seiner nationalen Einheit besitze.“

Dr. Seipel

Jänner 1932 im „Berliner Lokalanzeiger“: „Natürlich ist es nicht nur das eigene, wenn auch indirekte Interesse, das uns das Deutsche Reich bei allen seinen Verhandlungen, die es nicht nur für sich führen wird, sondern um der ganzen Welt den Ausweg in eine Zeit neuer

Arbeitsmöglichkeit und neuer Wohlfahrt zu eröffnen, mit den besten Wünschen begleiten lässt, sondern es ist vor allem unsere durch nichts zu zerstörende und durch nichts zu verhillende Natur- und Schicksalsverbundenheit. Aus dieser heraus grüßen wir das Reich am Beginn des Entscheidungsjahres 1932."

Von der Bundestagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes in Eisenstadt am 12. und 13. September 1931

Aus der Rede des Landeshauptmannstellvertreters Dr. h. c. E. Lefer:

(Ruhruhe 1924)

"Mit klassischer Prägnanz hat damals das Mitglied des Landtages, der Abgeordnete Hoffenreich, unsere Auffassung über unser Verhältnis zum Deutschen Reich formuliert. Ich zitiere wörtlich: (Ruhruhe 1924).

"Der Antrag, hundert Millionen dem Volke im Deutschen Reich aus burgenländischen Mitteln zu widmen, bedeutet für uns nicht eine

Auslandshilfe, der Antrag ist einfach eine Fürsorgemaßnahme innerhalb unseres Volkes, denn wir kennen keine Grenze gegen Deutschland. Dieser Antrag ist nur das Glied einer Kette von Maßnahmen, die wir durchführen, um in unserem deutschösterreichischen Volk das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß dieser sogenannte selbständige Staat uns nur aufgezwungen ist und daß wir den Tag herbeisehnen, an dem wir diese Selbständigkeit wegwerfen und im Meere unseres großen Volkes aufgehen können."

Meine sehr geehrten Herren! Mit diesen Worten hat sich das burgenländische Volk in einer Zeit zum Deutschen Reich bekannt, als die Not in Deutschland vielleicht noch größer war als heute."

Aus der Rede des Bürgermeisters von Eisenstadt Stanig:

"Doch würde dieses Fest sehr viel an seinem Wert, an seiner geschichtlichen Bedeutung verlieren, es würde ihm sozusagen die Krone fehlen, wenn das nunmehr an Österreich angefallene Burgenland, dessen Söhne deutsche Lieber singen, nicht zum Ausdruck bringen würde

seinen sehnsuchtsvollen Wunsch zur Vereinigung mit dem deutschen Mutterland. (Lebhafte Bravorufe.) Dieses große, oft geäußerte Verlangen unseres Landes, eine felsenfeste wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit sämtlicher deutschen Völker zu erreichen, dieser Wunsch nach einem Aufblühen in der Zukunft hat uns heute hier in Eisenstadt zu dieser Tagung zusammengeführt. Als Bürgermeister dieser Stadt heiße ich alle erschienenen Festgäste auf das herzlichste willkommen und begrüße sie innigst, insbesondere die Gäste aus dem Deutschen Reich." (Heilrufe.)

Ing. Tauschig als Präsident des Nationalrates Budgetdebatte Dezember 1931:

"Auch hier können uns unsere deutschen Brüder als Vorbild gelten, die in jeder Notzeit sich nicht der Verzweiflung ergeben, sondern sich auf den Standpunkt stellen: Wir werden es schaffen. Erwarten wir nichts von dem uns nicht stammverwandten Aus-

land. Erwarten wir alles von uns selbst! Wir glauben an die große Sendung der deutschen Nation in Europa. Aber sie wird sich erst dann voll und ganz auswirken können, wenn die Vereinigung aller Deutschen in einem Wirtschaftsgebiet vollzogen ist. Und dieser Zusammenschluß ist unser politisches Endziel."

15. Juli 1927:

Anschluß-Kalender 1928:

"Die Entscheidung über den legalen Anschluß Österreichs an Deutschland liegt in den Händen des Völkerbundes. Gestützt auf den Willen aller politischen Parteien sowie der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung beider Länder hat das Präsidium der Österreichischen Völkerbundliga beschlossen, einen Anschluß-Kalender für das Jahr 1928 herauszugeben.

Der Präsident der Österreichischen Völkerbundliga:

Dr. C. Th. Dumba,
Vorschafter a. D.

Was sagt die Wirtschaft?

Aus dem Bericht der 52. ordentlichen Hauptversammlung des Montanvereines vom 23. Februar 1927:

Die Vertreter der gesamten Eisen- und Stahlindustrie sind der Ansicht,

"daß nur durch einen Anschluß die trostlose Situation der österreichischen Industrie behoben werden könnte und daher die begünstigten Bestrebungen zu fördern wären, insbesondere dann, wenn ein entsprechendes Übergangsstadium vorgeesehen würde, das die Anpassung der österreichischen Arbeitsverhältnisse, Gesetzgebung usw. ermöglicht."

In der Versammlung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie des Landes Kärnten erklärte der geschäftsführende Vizepräsident Umlauf:

"Daß uns vor dem gänzlichen Verderben allein der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet retten kann, das können wir nicht oft und laut genug denen gegenüber betonen, welche sich in unbegreiflicher Voreingenommenheit und Verleumdung der wirtschaftlichen Not dem Anschlußgedanken verschließen."

Generaldirektor Dr. Ing. Apold der Alpinen Montangesellschaft anlässlich der Hauptversammlung der „Eisenhütte Österreichs“, Zweigverein des Vereines deutscher Eisenhüttenleute, am 2. Juni 1927 in Leoben: „..."

Meine sehr verehrten Herren, es hat sich bei uns die Übung herausgebildet, von der Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes zu sprechen und dabei an den wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich zu denken. Ich bin aber der Ansicht, daß es durchaus nicht am Platze ist, durch vorsichtige Umschreibungen das nur anzudeuten, was wir alle wünschen und was letzten Endes allein für uns die Rettung bedeutet! Sondern, Hoffen und Schweigen dürfte uns im günstigsten Falle kaum mehr als eine internationale Belobung für besonderes Wohlverhalten einbringen.

Wir sind uns auch zu gut dazu, auf die Dauer als Studienobjekt dafür zu dienen, wie lange ein Staat, der ohne Rücksicht auf seine elementarsten Bedürfnisse zu leben gezwungen wird, wie lange dieser Rest Österreich, der bei der großen Teilung übrig blieb, braucht, um zugrunde zu gehen. Der Anschluß ist für uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit allerersten Ranges, und wir müssen ihn erreichen!"

Ebenso eindringlich wurde diese Forderung in Wien während der Jänner-Beratungen, die unter dem Namen „Österreichischer Kammerstag" bekannt sind, erhoben. Präsident Gessle (Salzburg) erklärte, die österreichische Produktion sei infolge der fortgesetzt steigenden Belastungen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Sie bedürfe unbedingt eines größeren, zollfreien Wirtschaftsgebietes. Präsident Gessle richtete an die anwesenden Regierungsmitglieder, insbesondere an Bundeskanzler Dr. Seipel, das dringende Ersuchen, in Genf dafür einzutreten, daß dieser einzig mögliche Weg beschritten werden könne. Auch Kammerat Rosenberg (Wien) bekannte sich als Anhänger des Anschlusses an Deutschland und Kammerat Neumann (Wien) betonte die jahrhundertalte Schicksalsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich und verlangte, daß die Vereinigung mit Deutschland vollzogen werde. Er zitierte ein Wort des Nationalrates Dr. Dreier, der erklärt hatte, es gäbe nur ein Mittel zur Lösung des österreichischen Wirtschaftsproblems, den wirtschaftlichen Anschluß

an Deutschland. Diese Worte wurden von der ganzen Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt.

In den Vollversammlungen der Handelskammern von Graz und Klagenfurt im Februar 1927 wurde von den Präsidenten der beiden Körperschaften der Anschluß gefordert. Der Präsident der steirischen Handels- und Gewerbekammer Sigler erklärte:

"Heute ist es wohl Gemeingut aller Kreise in Österreich, daß die Frage der Erweiterung des österreichischen Inlandmarktes nur in seiner Zusammenfassung mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete ihre Lösung finden kann."

Anlässlich der Jahreshauptversammlung 1927 der Sektion Steiermark des Hauptverbandes der Industrie Österreichs erklärte der Präsident der Sektion Steiermark, Dr. Kranz:

"Man beginnt auch in Steiermark einzusehen, daß die Zeit für eine Orientierung nach dem Süden vorüber ist. Wenn die Industrie Österreichs nicht vollständig erliegen soll, muß der Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet erfolgen."

Generaldirektor Apold der Alpinen Montangesellschaft am 15. April 1928:

"... Österreich, wie es heute ist, kann nicht leben. ..."

"... Wie lange ist Österreich noch lebensfähig? Es besteht in wirtschaftlichen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit mehr darüber, daß Österreich in seiner jetzigen Gestalt nicht lebensfähig ist. ..."

Man hat es daher auf verschiedenem Wege versucht, das österreichische Wirtschaftsgebiet zu erweitern. Man hat eine Erleichterung der Zölle versucht, aber das Resultat war nicht befriedigend. Politische Eifersüchteleien ließen den Weg der Vorzugszölle als nicht gangbar erscheinen. Man hat dann jene wirtschaftliche Vereinigung mit den Nachbarstaaten angeregt, die wir unter dem Namen „Donauföderation" kennen. Auch hier zeigte sich kein Ausweg. Daneben ist auch noch an den Versuch zu erinnern, nähere wirtschaftliche Beziehungen zu Italien anzubahnen.

In weiten Kreisen hat man bereits erkannt, daß alle diese Wege kaum zum richtigen Ergebnis führen können. Sie sind zumeist undurchführbar. Man darf heute schon sagen: Für Österreich gibt es einzig und allein eine Union nur mit dem Deutschen Reich und dies allein gäbe uns eine sichere Gewähr für unsere Wirtschaft. Namentlich für unsere Edelmetallwerke wird der Zusammenschluß von hohem Nutzen sein. Diese Werke setzen schon heute einen großen Prozentsatz nach Deutschland ab, trotzdem die Zölle die Ausfuhr erschweren. ..."

Die Kärntner Arbeiterkammer

hielt am 15. März 1930 eine Sitzung ab, in der Kammersekretär Dr. Newole im Vierteljahres-Tätigkeitsbericht erklärte: „Der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich ist nach der Überzeugung aller wirtschaftlichen Kreise Österreichs eine Notwendigkeit und ein unveräußerliches Recht des österreichischen Volkes. Aus wirtschaftlichen Gründen wird jede dahinführende Handlung begrüßt und alles, was den Anschluß erschweren muß, abgelehnt. Ganz besonders warnt die Kammer vor politischen Experimenten, die die Unmöglichkeit des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich im Interesse eines italienisch-ungarischen Blobs für Jahrzehnte hinaus hervorrufen

würde. Die Entwicklung der modernen Wirtschaft ist nur in einem freien Staate möglich."

Oberösterreichischer Landtag.

In der am 17. März 1930 in Linz abgehaltenen Sitzung des oberösterreichischen Landtages forderte der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Gruber als einzige wirksame Abhilfe der besonders auf Oberösterreich lastenden wirtschaftlichen Not den Anschluß an Deutschland.

Kundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes in Innsbruck am 22. März 1930

In seinen Schlussausführungen bezog sich der Vorsitzende Univ.-Prof. Günther zunächst auf die Kundgebung, welche die Innsbrucker Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie zur Frage der Handelsverträge und des Zusammenschlusses des deutschen Volkes gefaßt hat. Er gab ferner ein Schreiben des Präsidenten der Anwaltskammer, Dr. Hammerle, bekannt, welches auf die gleichgerichtete Arbeit der Juristischen Gesellschaft Innsbruck und auf die kommende Angleichung des Anwaltsrechtes in Österreich und im Reich verweist. Weiterhin betonte der Vorsitzende die Interessen der tirolischen Landwirtschaft am wirtschaftlichen Zusammenschluß, als deren berufener Wortführer sich vor kurzem der Direktor des Landes-Landwirtschaftsrates, Dr. Erler, äußerte. Nicht weniger interessiert an baldiger Lösung der heute behandelten Fragen ist aber auch die Arbeiterschaft, für welche die Arbeiterkammer in Innsbruck ein Anschlußbekenntnis ablegt. Gleiches gilt auch für viele andere Gruppen, unter denen die Tiroler Ingenieure schon wiederholt in den Vordergrund getreten sind. Somit kann ausgesprochen werden, daß

so gut wie das ganze Tiroler Volk hinter dem Gedanken steht, durch wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Reich den Boden frei zu machen

für wahrhaft europäische Wirtschaftspolitik für Ausmerzungen wirtschaftlichen Unsinns und Leerlaufs, für Glück und Freiheit des deutschen Volkes inmitten der europäischen Kulturgemeinschaft.

Die Tiroler Handelskammer

hat in der Vollversammlung vom 22. März 1930 folgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

Um so mehr müssen wir Deutsche immer wieder unseres gemeinsamen Volkstums gedenken und für die Bewältigung unserer großen gemeinsamen Ziele nicht nur die Kraft, sondern auch die Selbstverleugung aufbringen, die auf die Erfordernisse unserer beiden heute staatspolitisch getrennten Volkswirtschaften Rücksicht zu nehmen weiß, bis wir in einem Staate vereint sind."

Bundesminister a. D. Abg. Thaler in der Sitzung des Nationalrates vom 12. Mai 1930:

"Durch den deutschen Handelsvertrag sind Verbesserungen geschaffen; trotzdem bildet er für die österreichischen Wirtschaftskreise eine Enttäuschung, weil wir uns von diesem Handelsvertrag das meiste erwarten haben. Anders ist uns überhaupt mit Deutschland nicht zu helfen, als daß wir eine Zollunion mit ihm eingehen. Damit ist dann ganze und nicht Stückarbeit geleistet."

Eine Entschließung des Österreichischen Nationalrates vom 23. Mai 1928:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der begonnenen Angleichung des gesamten Eisenbahnrechtes an das reichsdeutsche durch ständige Fühlungnahme mit den deutschen Regierungsstellen weiter fortzuführen. Der Nationalrat erblickt in

einer beschleunigten Angleichung österreichischer Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse an jene des Deutschen Reiches ein dringendes Gebot und eine unerlässliche Voraussetzung für eine günstige Zukunftsentwicklung Österreichs."

Österreichische Credit-Anstalt

Die Österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Nr. 4 ihrer „Wirtschaftlichen Rundschau", April 1931:

Infolgedessen erkannten allmählich auch diejenigen Wirtschaftskreise Österreichs, welche zufolge ihrer engen geschäftlichen Beziehungen mit den Nachfolgestaaten die Donauföderationspläne unterstützt hatten, daß unter den gegebenen Umständen auf diesem Wege eine Sanierung Österreichs nicht erzielt werden könne. Und so wurde der früher hauptsächlich aus nationalkulturellen Gründen vertretene Gedanke einer wirtschaftlichen Kooperation mit dem Deutschen Reich, dessen Handelsverkehr mit Österreich in den letzten Jahren schon beinahe die Hälfte der oben wiedergegebenen Ziffern erreicht hat, nunmehr auch eine Forderung der überwiegenden Mehrheit der wirtschaftlichen Korporationen.

Wiener Bankverein

In der am 7. Mai 1931 abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Bankvereines sprach auch Direktor Alfred Heinsheimer über die deutsch-österreichische Zollunion und erklärte unter anderem: „Die Nachricht von dem Schritt der beiden Regierungen wurde in weiten Kreisen der österreichischen Wirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft mit großer Befriedigung aufgenommen. Gewisse Zweige der Industrie werden des Übergangswellen Zwischenzollschlages bedürfen. In Anbetracht der mannigfachen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, möchten wir den Wunsch und die Hoffnung ausdrücken, daß es gelingen möge, die geplanten Vereinbarungen einem Abschluß zuzuführen, welcher unserer Wirtschaft eine bessere Zukunft eröffnet."

Die Industrie für die Zollunion

Die am 2. Juni 1931 stattgefundene ordentliche Generalversammlung des Hauptverbandes der Industrie Österreichs gab Gelegenheit, den wirtschaftlichen Niedergang Österreichs in der sprunghaften Steigerung aller Ausgaben der Staats- und Privatwirtschaft nachzuweisen. Aus diesem Grunde konnte in der Debatte Doktor Ernst Geiringer erklären, daß die Vergrößerung des Abgabengebietes das angestrebte Ziel für Österreich bleiben muß. Und diesem Ziel soll auch die Zollunion dienen.

Entschließung der Vorsteherkonferenz des Wiener Gewerbevereins vom 19. Juni 1931:

"Die Freitag, den 19. Juni 1931 im Saale der Wiener Bädergenossenschaft tagende Vorsteherkonferenz des Wiener Gewerbevereins forderte den Hauptverband der Gewerbe Österreichs auf, das in seinem Aktionsprogramm vom 7. Dezember 1930 geforderte handelspolitische System von Vorzugszöllen in der Art zu vertreten, wie es damals von gewerblicher Seite gefordert wurde und das heute aufgerichtete System heimischer Präferenzen zu bekämpfen. Darüber hinaus energisch einzutreten für die rascheste Realisierung der Zollunion mit dem Deutschen Reich als der einzigen Möglichkeit für das Gewerbe, seinen wirtschaftlichen Lebensstandard in einem größeren Wirtschaftsraum zu erhalten und sich zu entwickeln."

Wegen Raummangel ist es uns unmöglich, weitere Äußerungen und Erklärungen für den deutsch-österreichischen Wirtschaftszusammenschluß hier anzuführen.

Wir führen lediglich noch einige wichtige Körperschaften an, die sich im Jahre 1931 vorbehaltlos für die Zollunion zwischen Österreich und dem Reich ausgesprochen haben:

Der 9. österreichische Kammerstag am 15. April; der österreichische Arbeiterkammertag am 13. April; der Verkehrsausschuß im Gremium der Wiener Kaufmannschaft; der Vollausschuß des österreichischen Handelsmuseums; Zentralverband für den Außenhandel am 13. April; der Ausschuß der Sektion Steiermark des Hauptverbandes der Industrie Österreichs am 10. April; die Holzindustrieverbände am 31. März; das Präsidium des Hauptverbandes der österreichischen Kaufmannschaft am 26. April; der Landesverband der Gremien und Landesgenossenschaften in Kärnten; die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft der Steiermark am 30. April; die Vollversammlung der niederösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer am 13. Mai und eine Unzahl weiterer Körperschaften, Branchenvereinigungen u. s. w., u. s. w.

Österreichs Bauernschaft für Großdeutschland:

Mai 1927

Reichsbauernbund in „Der Bauernbündler“:
„Unsere Unterhändler sollen beim Völkerverbund uns, wenn schon nicht den politischen Anschluss, so wenigstens den Zollanschluss, die Zollunion mit Deutschland, zu erreichen suchen.“

Seraus also mit der Zollunion mit Deutschland! Von der kommenden Regierung verlangen wir, daß sie in diesem Sinn in Genf interveniert!“

Landeshauptmannstellvertreter Reither schrieb dazu im „Neuen Wiener Tagblatt“:

„... daß sofort und mit allen Mitteln das einheitliche Wirtschaftsgebiet mit unserem deutschen Mutterlande anzustreben ist. — Der wirtschaftliche Anschluss ist die Vorbereitung für den politischen.“

Landeshauptmannstellvertreter Josef Reither (nach seiner Wahl zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich im Mai 1927):

„Die Zollgrenzen mit dem Deutschen Reich müssen fallen. Wir müssen ein einheitliches Zollgebiet mit dem Deutschen Reich werden... Sinein in ein großes Wirtschaftsgebiet, hinein in das große Deutsche Reich. Dort haben wir die Gewähr, daß wir unsere produktionsfördernde Tätigkeit weiter entwickeln können.“

Landeshauptmannstellvertreter Josef Reither schreibt am 12. April 1929 unter dem Titel: „Inniger Zusammenschluß der Landwirtschaft“ in der Zeitschrift „Der Anschluss“:

Wir werden versuchen, auch in den übrigen Produktionszweigen die Zusammenarbeit zu vertiefen, um so einen innigen Zusammen-

schluß der deutschen und österreichischen Landwirtschaft herbeizuführen im Interesse der erfolgreichen Entwicklung des Wirtschaftslebens beider Staaten. Wir hoffen, so auch Pionierarbeit zu leisten für den früher oder später unvermeidlichen nationalen und staatlichen Zusammenschluß.“

Bundesminister Thaler auf der Ernährungschau Berlin, Mai 1928:

„Wenn wir heute vom deutschen Brudervolk mit soviel Herzlichkeit begrüßt werden, so möge dies ein neuer Beweis für die kulturelle Zusammengehörigkeit Österreichs und Deutschlands sein. Wir Österreicher sind nun einmal das älteste Kind der deutschen Völkerfamilie, das in die Fremde als Kulturbringer und -verbreiter hinausgeschickt wurde. Wenn uns auch die Heimkehr ins Vaterhaus verwehrt ist, so beweist uns die Herzlichkeit, mit der die Österreicher immer wieder in Deutschland aufgenommen werden, daß, wenn Österreich heimkehren sollte, es nicht als verlorener Sohn aufgenommen werden wird, sondern daß ihm der ihm gebührende Platz eingeräumt wird als dem Sohn, der sich in der Fremde bewährt hat.“

Bundesminister Ing. Schumy auf dem Bauerntag in Horn, Juni 1929:

„Ein wichtiges Kapitel unserer Handelspolitik ist der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Österreich. Wir bekennen uns zu unserem deutschen Vaterland, wünschen nichts sehnlicher als die schrankenlose Vereinigung. Bis zu dem Zeitpunkte, wo die Grenzen fallen werden, muß eine innige wirt-

schaftliche Verbindung angestrebt werden. Die Zollunion wäre in dieser Richtung unser Ideal. Wenn auch die bestehenden Meistbegünstigungsverträge dem entgegenstehen, so wird dennoch ein Weg gefunden werden, um diese Bestrebungen weitmöglichst zu verwirklichen.“

Nationalrat Manhalter, Vizepräsident des Reichsbauernbundes auf einer Versammlung des Stf.-Deutsch. Volksbundes am 28. Februar 1932 in Krems:

Bekanntes sich namens der österreichischen Bauernschaft uneingeschränkt zum Wiederanschluss an das Deutsche Reich und gab die feierliche Versicherung, daß die Bauernschaft in den ersten Reihen zu finden sein werde, wenn es sich wieder darum handeln sollte, um den Bestand des deutschen Volkes zu streiten. So habe sie es die Jahrhunderte hindurch gehalten. Das Blut der alten fränkischen und bayerischen Bauern sei auch in ihren Adern trotz Not und Elend lebendig geblieben, der Zusammenhang mit dem deutschen Mutterlande sei niemals verloren gegangen. Nur in Gemeinschaft mit dem großen Mutterlande sei die österreichische Bauernschaft in der Lage, ihrer alten Kulturaufgabe im Osten des Reiches nachzukommen.“

auf der Hauptversammlung des Stf.-Deutsch. Volksbundes am 28. November 1932 als Vertreter der Christlichsozialen Partei:

erklärte unter Berufung auf das so oft gebrauchte Schlagwort vom österreichischen Menschen, es gebe keinen österreichischen Menschen. „Der österreichische Bauer sehnt sich zurück in die Zeit, in der Österreich noch ein Bestandteil des großen deutschen Reiches war. Und die deutsche Bauernjugend Österreichs wächst heran mit dem Gedanken

an eine deutsche Zukunft und weiß, was sie ihrem Volke schuldig ist, um diese deutsche Zukunft zu erreichen.“

Regierungsrat und Bundesrat Sturm, Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, Sonntag, 13. März 1932, in Tulln:

„Es hieße wahrlich Eulen nach Athen, Wasser in die Donau tragen, wollte ich als Vertreter der österreichischen Landwirtschaft nochmals bis ins kleinste dartun, warum wir gegen eine einseitige Donaukonföderation sind.“

Auch völlige Gründe machen uns zum Gegner solcher einseitiger Pläne. Daß die alte Werte des Deutschtums gegen Osten wirtschaftlich erschlagen, in ihren Nerven zerrüttet werden soll, ist unerträglich. Österreich zum Korridor für die Verwirklichung der allslawischen Idee zu machen, ist wahrlich eines feierlichen Protestes wert.

Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn in diesen Schicksalsstunden unserer Heimat wir alles Trennende beiseite stellen und wirklich als Deutschösterreicher, als Erdverbundene dieses Stückes herrlicher deutscher Scholle, hinter der Regierung stünden, die gewissenhaft die Geister aufrüttelt, die von Deutschland herzliche Zeichen des Wohlwollens und Entgegenkommens erhalten hat, die bestimmt in unserem ostmärkischen Sinne die Verhandlungen mit den Mächten führen wird. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not noch in Gefahr.“ Und wir sind in Gefahr... die um so größer ist, je un-einiger wir sind!“

Der österreichische Heimatschutz betritt das politische Kampffeld und Fürst Starhemberg spricht:

Am 25. März 1930:

„Das Endziel unserer Bewegung ist, einen freien Volksstaat zu schaffen, in dem jeder Volksgenosse das Recht auf Arbeit und Brot hat. Unter Volksgenossen meine ich nur jene, die die Interessen des Deutschen tragen, in deren Adern deutsches Blut fließt. Ich meine nicht mit dem Volke jene fremden, plattfüßigen Parasiten aus dem Osten, die uns ausbeuten. Wir wollen den deutschen Volksstaat auf christlicher Grundlage.“

Am 5. Dezember 1930 im Parlament:

„Das hohe Endziel aller Kämpfe muß die Vereinigung aller Deutschen zu einem großen Reich sein.“

sein. Wir wollen uns als selbstbewußter, in seiner Stammesart gesunder Stamm, mit dem großen Volksstamm zusammenschließen, als gleichwertig mit anderen deutschen Stämmen, zusammen das Deutsche Reich schmieden.“

In einer Wählerversammlung in Graz am 6. Oktober 1930:

„Wir sind uns bewußt, daß wir ein Teil des deutschen Volkes sind, wir wollen die alte Ostmark wieder deutsch und christlich machen, nur eine Vorstufe wird dies sein, bis ein großes Deutsches Reich entstehen wird, das Jahrtausende dauern wird.“

Am 29. Oktober 1931 im Salzburger Festspielhaus:

„Nach dem Kriege wurde das organisch gewachsene österreichische Staatsgebiet zertrümmert und jener Staat errichtet, der heute österreichische Republik genannt wird und in Wirklichkeit ein Mißgebilde ist.“

Beim Generalappell im Wiener Konzerthaus am 22. Februar 1933:

„Ich habe gesagt, daß wir uns das Bewußtsein erhalten und vertiefen wollen, daß wir ein Teil des gesamten deutschen Volkes sind. Ich lehne es auch ab, wenn irgendwie herumgeschwätzt wird, daß wir ein eigenes Volk

sind, oder wenn man den Typ „Österreichischer Mensch“ schaffen will... Ich möchte nur, als Beweis für die Lebendigkeit des deutschen Gedankens in Österreich anführen, daß wir uns nicht verbittert haben und uns in keine deutschfeindliche Stellung treiben lassen.“

Starhemberg

zeichnete als Kandidat des Heimatbundes im Jahre 1930 den Wahlauftrag, der mit den Worten schloß:

„Über allem steht uns als letztes und höchstes Ziel der Zusammenschluß aller deutschen Stämme zu einem einzigen, christlichen, nationalen und sozialen starken Deutschen Reich.“

Man möge uns verzeihen, wenn wir aus der unendlichen Fülle der Äußerungen des deutschösterreichischen Volkswillens für Großdeutschland nur eine so bescheidene Auslese geben! Tausende werden uns vorwerfen, daß wir diese oder jene wichtige Kundgebung nicht angeführt haben:

Die Reden von Vertretern aller Parteien auf den zahllosen Massenkundgebungen des Österreichisch-Deutschen Volksbundes würden ein umfangreiches Werk füllen! Großdeutsche, Nationalsozialisten und heimische Heimatschützer, Volksbundführer, Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft und Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß führen wir nicht an, es sei denn in besonderen Zusammenhängen.

1931

Die Zeit eilt, Deutschösterreichs Gefinnung bleibt unwandelbar, Österreich erwartet den Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Reichsaußenministers Curtius:

Die österreichische Front tritt an.

Anlässlich des Besuches des Reichsaußenministers Dr. Curtius sandten dem Österreichisch-Deutschen Volksbund Begrüßungsschreiben, die in der Bundeszeitschrift „Der Anschluss“ am 2. März 1931 veröffentlicht wurden:

Die Fraktionsführer der Parlamentarischen Parteien des Nationalrates:

Karl Seih (Sozialdemokratische Partei), Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Obmann der Sozialdemokratischen Partei Österreichs:

„... In schwerster Zeit wirtschaftlicher und politischer Bedrängnis ist uns das Bewußtsein dieser Verbundenheit Trost und stützende Hoffnung.“

Das Volk der Deutschen ist heute gezwungen, zerstückt in Staaten zu leben. Aber wie es alle Schicksalschläge der Vergangenheit überwunden hat, wird es auch die Not dieser Zeit überwinden und auferstehen in Einheit und Kraft!

Heute grüßen wir noch die Repräsentanten des Deutschen Reiches als Gäste!

Bereit zu wirken, damit wir gemeinsam fortzuschreiten auf dem Wege der Befreiung unseres Volkes und der leidenden Menschheit ist das Gebot der Stunde, ist der Wille des ganzen Volkes.“

Dr. Karl Buresch (Christlichsoziale Partei), Landeshauptmann von Niederösterreich, Obmann der Vereinigung christlichsozialer Abgeordneter im österreichischen Nationalrat:

„Österreich freut sich, die führenden Staatsmänner des Deutschen Reiches, mit dem wir durch so viele Bande verbunden sind, begrüßen zu können. Die Zusammenarbeit der gesegneten Körperlichkeiten in den beiden Brudervölkern hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht.“

Die herzliche Aufnahme, die Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius in Wien finden werden, wird sie überzeugen, daß die österreichische Bevölkerung ebenso von brüderlicher Gefinnung durchdrungen ist wie Regierung und Parlament unserer Republik!“

Bundesminister Ing. Franz Winkler (Landbund), Fraktionsführer des Landbundes im österreichischen Nationalrat:

„Der Anschluss an Deutschland ist für uns österreichische Landwirte eine Herzens- und Verstandesfrage. Eine Herzensfrage: weil wir in der staatlichen Einheit des deutschen Volkes die Erfüllung des lang ersehnten nationalen Ideales erblicken. Eine Verstandesfrage: weil die Berge und Täler der Alpenrepublik Österreich mit ihrer reichen gewerblichen und agrarischen Produktion und ihrem unendlichen Reichtum an Wasserkräften, die natürliche Ergänzung des deutschen Tieflandes im beiderseitigen Interesse bieten. Endlich deshalb: weil die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Welt nach großen Staaten und wirtschaftlichen Einheiten drängt.“

Bundesminister a. D. Dr. Franz Sueber, Fraktionsführer des Heimatbundes im österreichischen Nationalrat:

„Es ist meine feste Überzeugung, daß sich die Zukunft Österreichs nur im Rahmen eines großen deutschen Reiches glücklich gestalten kann. Ich halte aber den bloßen mechanischen Zusammenschluß aller Deutschen in Mitteleuropa für unzureichend und unbefriedigend.“

Das Dritte Deutsche Reich, das kein Klassenkampf zerrissener Staat nach der Art des heutigen Deutschen Reiches oder des heutigen Österreich sein kann, muß die Verkörperung des Lebenswillens des gesamten deutschen Volkes sein, der nicht mehr dem inneren Parteikampf, sondern der Zurückgewinnung der Weltgeltung der Nation zu dienen habe.“

Die Landeshauptleute und Bürgermeister:

Ferdinand Kernmaier, Landeshauptmann von Kärnten.

„Kärnten hat in dem Ringen um die Volksabstimmung und durch den glänzenden Sieg vom 10. Oktober 1920 seinen nationalen Willen durch die Tat bewiesen. Es ist sich seiner Aufgabe als südländische Grenzmark des geschlossenen deutschen Sprachgebietes voll bewußt und begrüßt jeden Schritt, der den Tag der ersten Vereinigung aller Deutschen in einem Staate näherbringt. Der Besuch des Kanzlers und des Außenministers Deutschlands

in den österreichischen Gauen muß daher in unserem Grenzland ganz besonders freudigen Widerhall finden. Kärnten sieht in ihm ein Zeichen für den baldigen Fall auch der letzten Schranken, die das Alpenland noch vom Deutschen Reich trennen.“

Dr. Ferdinand Redler, Landeshauptmann von Vorarlberg.

„Die Nachricht, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Reichsaußenminister demnächst

Österreich besuchen werden, hat auch im Lande Vorarlberg freudigen Widerhall gefunden. Kein Wunder; denn gleich den übrigen Österreichern sind auch wir Vorarlberger von der Überzeugung durchdrungen, daß die Deutschen diesseits und jenseits der Reichsgrenzen als Volksgenossen zusammengehören.“

Uns Vorarlberger verbindet als Nachbarn sogar eine besonders herzliche Freundschaft mit unseren Brüdern im Reich.“

Dr. Franz Rehr, Landeshauptmann von Salzburg.

„Ich hoffe, daß die in Wien stattfindenden Besprechungen dazu beitragen werden, die bestehenden innigen Bande zwischen den stammverwandten Völkern Deutschlands und Österreichs noch fester und inniger zu knüpfen.“

Dr. Josef Schlegel, Landeshauptmann von Oberösterreich.

Da nun Österreich die Freude und Ehre hat, Kanzler und Außenminister des Deutschen Reiches

zu begrüßen, so sieht es als Stammland deutscher Kultur in den Vertretern des heute staatlich geeinigten Deutschland mehr als Besucher und Gäste und kann ihnen zum Willkommen nur wünschen, daß sie sich so sehr als die unserigen, wie wir uns als die ihrigen fühlen!"

Franz Fischer, Bürgermeister von Innsbruck.

"Trotz einer bewußten und zur Genüge begründeten Eigenstaatlichkeit Österreichs, trotz der tiefen Erkenntnis, daß unser Österreich von heute äußerst wertvolle Missionen zu erfüllen hat und haben wird, trotz aller Motive, die eine bleibende Bedeutung Österreichs als selbständigen Staat rechtfertigen würden, ist mit ganzer Kraft am großen Werte des Zusammenchlusses aller Deutschen zu arbeiten."

Gemeinsame Kulturideale und Wirtschaftsziele müssen über alle anderen Forderungen gestellt werden und eine Neuordnung Europas ist ohne Vereinigung Österreichs mit Deutschland nicht

denkbar. Deshalb ist Arbeit an diesem großen Gedanken erste und heiligste Pflicht."

Sofrat Dr. Franz Stumpf,
Landeshauptmann von Tirol.

"— — — — —, es ist für uns auch eine freudige Genugtuung deshalb, weil wir dabei den Vertretern unseres deutschen Nachbarvolkes beweisen können, wie innig wir mit unseren Stammesbrüdern fühlen und wie eng wir mit ihnen verflochten sind. Und wie sollte dies auch anders sein!"

Die Tiroler, die mit ihrem Nachbar sehr viele und sehr enge Beziehungen haben, wollen, wenn es gilt, die Vertreter des Deutschen Reiches innerhalb Österreichs Gernheiten zu begrüßen, nicht zurückbleiben, und dies um so weniger, als sie sich ja bis in die innerste Faser ihres Herzens hinein als dem großen deutschen Volk zugehörig fühlen, als sie wissen, daß sie nirgends größere Sympathien genießen, als gerade bei ihren Brüdern und Stammesverwandten im Reich."

Die Präsidenten der Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie:

Willibald Roder, Innsbruck.

"Das Land Tirol hat im Jahre 1920 in einer Anschlussabstimmung einstimmig den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gefordert; der Tiroler denkt auch heute so wie damals; er kennt die innige Verbundenheit der Wirtschaft beider Länder; er weiß, wieviel beide Staaten durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit nach innen und außen gewinnen würden; er ist auch überzeugt, daß Europa aus wohlverstandenen eigenem Interesse die Hindernisse beseitigen muß, die gegenwärtig diesem Zusammenschluß noch im Wege stehen."

Viktor Franz, Graz.

"Eine Zollunion mit dem Deutschen Reich wird Österreich den so notwendigen großen Markt schaffen, dem deutschen Markt aber werden andererseits unsere angestammten Verbindungen mit dem Süden und Osten wertvolle Dienste leisten. Daß Österreich eine Erweiterung seines Binnenmarktes natürlich nach jener Richtung sucht, in die gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte weisen, ist eine Selbstverständlichkeit."

Richard v. Rothermann, Burgenland.

"Das Burgenland ist der einzige Teil deutschen Sprachgebietes, der sich nach dem Kriege mit seinem Mutterlande vereinigen konnte. Die Wirtschaft des Burgenlandes hat jederzeit betont, daß sie eine dauernde Gesundung nur im Anschluss

Vinzeng Muchitsch, Bürgermeister von Graz.

"Graz, die alte echt deutsche Grenzstadt, begrüßt den Besuch führender reichsdeutscher Staatsmänner in der Hauptstadt unserer Republik mit besonderer Freude, weil er in einem Zeitpunkt erfolgt, wo das Wort von der 'Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen' eine besonders tiefe und ernste Bedeutung hat. Denn noch selten war Gegenwart und Zukunft für alles deutsche Volk so schwer und dunkel. Und noch niemals hing das weitere Geschick unseres Volkes so sehr ab von der Frage, ob es gelingen wird, alle Kräfte zur Einheit und künftigen kraftvollen Entfaltung zusammenzufassen."

Univ.-Prof. Dr. Anton Hintelen,
Landeshauptmann von Steiermark.

"Steiermark, das südöstlichste Grenzland des Deutschen Reiches, hat durch ein Jahrtausend die Vermittlerrolle für die Kultur des deutschen Volkes zu den Bewohnern des südlichen und südöstlichen Europas gespielt. Untrennbar verbunden mit dem ganzen deutschen Kulturkreis, hat die Steiermark immer selbst daran gearbeitet, diesen

Kulturkreis zu erweitern. Künstler und Dichter sind in der Steiermark entstanden, deren Namen unter die Besten des deutschen Volkes gezählt werden können."

So fühlt sich die Steiermark stolz als Grenz-wacht des deutschen Volkes, die diesem mit ihren reichen Bodenschätzen, ihrer arbeitsharten Bevölkerung und ihrer Eigenart in der Geisteskultur eine wertvolle Morgengabe zu bringen vermag."

Josef Gruber, Bürgermeister von Linz.

"Die oberösterreichische Landeshauptstadt hat immer und gerne jede Gelegenheit benützt, ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Anschlussgedanken abzulegen. Ich weiß mich darin eines Sinnes und eines Herzens mit der ganzen Bevölkerung unserer Stadt, wenn ich den Anlaß des österreichischen Besuches hoher deutscher Staatsmänner benütze, neuerlich vor aller Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß die Stadt Linz und ihre Bewohnerschaft dem Anschlussgedanken und Anschlusswillen unerschütterliche Treue halten wird."

Sofrat Ing. Franz Heißler, Linz.

"Durch das Band des Donaufstromes mit dem deutschen Mutterland besonders innig verbunden, hatte die Kammer Linz bereits wiederholt Gelegenheit, und zwar besonders bei den Reisen von Vertretern der Kammer zu den Schwesterkammern Passau und Regensburg, als auch beim Gegenbesuche dieser Schwesterkammern im September 1927, der bereits bestehenden engen Verbundenheit mit dem benachbarten Deutschen Reich und auch dem Anschlusswillen in besonders feierlicher Form Ausdruck zu verleihen."

Die Präsidenten der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften Österreichs:

Josef Reither,

Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, Präsident der Niederösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer und Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der land- und forstwirtschaftlichen Körperschaften Österreichs:

"Die starke Verankerung des Bauerntums im Volkstum bringt es mit sich, daß über die Landes- und Reichsgrenzen hinaus das nationale Zusammengediegenheitsgefühl in der Landwirtschaft sich stärker und dauernder erhält wie in anderen Berufsgruppen."

Wir österreichischen Landwirte freuen uns über diese Erfolge der Gemeinschaftsarbeit mit den deutschen Landwirten. Wir unterstützen freudig und aus innerster Überzeugung alle Bestrebungen und Maßnahmen, die geeignet erscheinen, diese Gemeinschaftsarbeit noch mehr zu fördern."

Anton Supersberg,

Präsident des Landeslustrates für Kärnten:

"Als Vertreter der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft Kärntens, gebe ich meiner Freude über den angekündigten Besuch des Herrn Reichslandwirtschaftsministers Dr. Brüning und des Herrn Reichsaussenministers Dr. Curtius Ausdruck, wobei ich betone, daß dieser Ausdruck vom ganzen Herzen von der schollentreuen Bevölkerung Kärntens, die mit der Waffe in der Hand Heimat und Vaterland verteidigt hat, mitempfunden wird. Wir erwarten von einer innigeren Gestaltung der

gegenseitigen Beziehungen den Erfolg, der uns seinerzeit zur befreienden Tat veranlaßte: ein einiges, großes, deutsches Vaterland."

Fritz Bösch, Vorarlberg

Die österreichische Wirtschaft leidet unter den engen und unnatürlichen, ihr aufgezwungenen Grenzen. Ein größeres Wirtschaftsgebiet bleibt die Hauptforderung, die sie beständig betonen muß. Geschichte, Sprache und für Vorarlberg, das österreichische Rheinland, auch der Strom, der dem Bodensee zufließt, zeigend die natürliche Richtung an, nach der die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes geboten ist. Der klare Blick für die zukünftige Entwicklung darf durch das Grau des Alltags und gerade der jetzigen, heißen und drückenden so schwierigen Verhältnisse, nicht getrübt werden."

Vizekanzler a. D. Karl Hartleb,
Präsident der Landeskommission für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark:

"Alle Anschlussfreunde in Österreich, und dazu gehört nicht in letzter Linie die Bauernschaft Österreichs, werden mit herzlichster Freude den Besuch, welchen die Herren Reichslandwirtschaftsminister Brüning und Außenminister Curtius unseres deutschen Mutterlandes der Regierung des österreichischen Bundesstaates in den nächsten Tagen abstatten, begrüßen."

Wir begrüßen diesen Besuch aber um so mehr, als er in eine Zeit fällt, wo die schweren Sorgen auf beiden Seiten jede Hoffnung auf eine noch innigere Gestaltung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten zu einem Lichtblick gestalten, aus dem wir auf eine bessere Zukunft schließen dürfen."

Johann Kreilmeier,
Präsident des Landeslustrates für Oberösterreich:

"Oberösterreichs Landwirtschaft haben schon seit jeher sehr enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit den benachbarten Gebieten des Deutschen Reiches verbunden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Besuch der führenden deutschen Minister Anlaß sein wird, diese Beziehungen nicht nur in ihrem früheren Umfange wieder herzustellen, sondern in der Folgezeit so auszugestalten, daß sie, dem allgemeinen Wunsch der Bevölkerung unseres Landes entsprechend, dem Endziel der Vereinigung des deutschen Volkes in einen einzigen großen Staatsverband, zuführen."

Alexander Kugler,
Präsident der burgenländischen Landwirtschaftskammer:

"An der Ofgrenze des einheitlichen deutschen

Siedlungsgebietes liegt das Burgenland. Deutsche Bauern haben in diesem Landstrich den Boden urbar gemacht und die abendländische Kultur verbreitet. Deutsche Siedler haben aus diesem Gebiete die Kultur nach Osten getragen. Trotz der verheerenden Bedrücknisse haben auf dieser Scholle die deutschen Siedler ausgeharrt und ihre natürliche Eigenart beibehalten. Sie sind auch gewillt, weiterhin an dieser wichtigen Stelle ihre natürliche Aufgabe zu erfüllen, bis es gelingt, ein einiges großes deutsches Reich zu schaffen."

Stonomierat Alois Sölzl,

Präsident des Landeslustrates für Salzburg:

"Möge der Empfang, den Österreich den illustren Gästen aus dem Deutschen Reich bereitet, der Welt zum Bewußtsein bringen, daß das Band der Stammes-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, welches sich um das deutsche und das österreichische Staatsvolk schlingt, durch die Gemeinschaft eines beiden Staaten auferlegten schweren Schicksals nicht gelockert, sondern nur gefestigt werden kann!"

Möge sich gleichzeitig im Deutschen Reich immer mehr die Überzeugung verbreiten und vertiefen, daß das österreichische Volk zwar klein und verarmt, aber keineswegs unwürdig ist, als vollwertiges Glied des großen deutschen Volkes zu gelten."

Die Präsidenten der Kammern für Arbeiter und Angestellte:

Karl Weigl, Wien,

Vorsitzender des österreichischen Arbeiterkammertages; im Namen der Wiener, Linzer und Grazer Kammer:

"Die österreichische Arbeiterschaft kann sich rühmen, als erste den Wunsch nach dem Anschluss an das deutsche Mutterland nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches ausgesprochen zu haben. Sie war auch seither der wichtigste Träger des Anschlussgedankens in Österreich."

Auch dies ist nicht das letzte Ziel unserer Wünsche, die erst dann erfüllt sein werden, wenn Deutschland und Österreich in einer untrennbaren Republik vereint sind."

Theodor Meißner, Burgenland:

"Die Geschichte des Burgenlandes ist nicht erst seit den Friedensverträgen deutsche Geschichte,

sondern geht auf die Zeiten Karls des Großen zurück. Ein Splitter des deutschen Volkes, der tausend Jahre deutsch geblieben ist, hat den durch die Friedensverträge herbeigeführten Anschluss an Österreich, als es am schwächsten und elendesten war, mit Jubel begrüßt, da es durch den Anschluss an Österreich in das Deutsche Reich heimzufinden hoffte. Das Burgenland wird sich auch erst dann sicher als Glied der deutschen Nation fühlen, wenn es dem Verbands des Deutschen Reiches angehören wird."

Karl Emminger, Salzburg:

"Die Frage der Angliederung Österreichs an ein großes Wirtschaftsgebiet ist von grundlegender Bedeutung. Österreich, und vor allem unser an Bayern unmittelbar angrenzendes Land Salzburg, hat den heftigsten Wunsch, an den deut-

schen Wirtschaftskörper angegeschlossen zu werden."

Johann Sahan, Kärnten:

"Die österreichische Arbeiterschaft tritt für den Anschluss an Deutschland ein... Der Anschluss hat daher für uns nicht nur wirtschaftliche Bedeutung, nicht nur die Bedeutung, die ihm das Selbstbestimmungsrecht der Völker verleiht, er ist für uns Kärntner darüber hinaus die Sicherheit, die es uns ermöglichen wird, unser Land aufzubauen."

Wilhelm Scheibin, Innsbruck:

"Durch die Friedensbedingungen wurde das alte Österreich zerstückelt und aufgeteilt. Die verbliebenen sechs Millionen Einwohner wurden wirtschaftlich zur Lebensunfähigkeit verurteilt. In der Vereinigung mit dem großen

deutschen Vaterland erhoffen wir Aufstieg, Gedeihen und Wiederaufbau mit unseren Südtiroler Volksgenossen."

Wilhelm Sieß, Feldkirch:

"Der Anschluss an Deutschland ist für uns kein Schlagwort leeren Inhaltes. Die sprachliche und kulturelle Zusammengehörigkeit verbindet uns enge und wir fühlen und fühlen uns immer als Glied der großen deutschen Nation. Die künftigen Grenzen vermögen das nicht zu verwischen, sie können uns nur noch wirtschaftlich und politisch trennen."

Die wirtschaftliche Trennung trifft das wirtschaftsschwache Österreich besonders hart. Der Anschluss an das große deutsche Kultur- und Wirtschaftsgebiet ist für uns also nicht nur ein nationales und kulturelles Sehnen, sondern auch eine wirtschaftliche Sicherung für die Zukunft."

Die österreichische Front, auferstanden aus dem Archive des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, hat gesprochen. Was sollen wir noch hinzufügen? Den Kampf für die deutsch-österreichische Zollunion? Den Kampf gegen den französischen Donauföderationsplan? Eine Deutsches Reiches von 1918 bis 1933?

Wir wollen heute nichts mehr hinzufügen. Wir haben genug getan gegen den verwegenen Versuch, den Glauben an Großdeutschland als Hochverrat zu bezeichnen. Vermessener aber als dieser Versuch ist die Bereitschaft kleiner reichsfeindlicher Klüngel, das Ausland mit der Anschlussgefahr gegen das Deutsche Reich zu mobilisieren.

Der deutsch-österreichische Zusammenschluß, den eine geschlossene österreichische Front forderte, bevor Parteiinteressen gegen Volkstumsinteressen ausgespielt wurden, ist leider keine innere Angelegenheit des deutschen Volkes; aber ein neues, vom deutschen Volke friedlich errungenes Europa wird ihn bringen und diese große Stunde wird wieder eine geschlossene österreichische Front für eine deutsche Sache bereit finden.

Der Anschluss

Herausgegeben vom
Österreichisch-Deutschen Volksbund
Wien

7. Jahrgang
Folge 6/7
Juli/August-Ausgabe

Erscheint ein- bis zweimal im Monat. Bestellbar durch Buchhandlungen und
Traktanten oder unmittelbar durch den Verlag der Zeitschrift, Wien, IX., Währ-
ringerstraße 25a, Fernruf A 24-102, Postsparkassenkonto 44.206. Jahres-
bezug S 3.—, für das Reich M 250 (für Mitglieder des Volksbundes
S 2.—, bzw. M 2.—). Unverlangte Beiträge werden nur rücksendet,
wenn Freimarken beiliegen. — Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Samstag, 19. August
1933

Anzeigenpreise in Schilling:
1/4 Seite S 900.—, 1/2 S 500.—, 3/4 S 280.—, 1/8 S 160.—, 1/16 S 90.—,
1/32 S 50.—. Die viermal gespaltene Petitzeile S 4.—. Keine Verbindlich-
keit für die Angeigenaufnahme in eine bestimmte Nummer. — Anzeigen-
vermittlung nur durch die Verwaltung der Zeitschrift „Der Anschluss“,
Wien, IX., Währingerstraße 25a. — Mit E bezeichneter Text ist entgeltlich.

Preis 20 Groschen
Für das Reich
15 Pfennig

Die ausländische Front 1918 — 1933

„Die einzige Macht, die einem Staat
fagen kann: Niemals!“ ist die Gott-
heit und sicherlich stand diese Macht
nicht hinter dem Vertrag von Saint
Germain oder hinter irgendwelchen
anderen Verträgen, die den Krieg
beendet haben.“
(Abg. Coats, englisches Unterhaus,
Lausanner Debatte, 1933.)

Wir haben in der letzten Folge 5 des „Anschluss“ die österreichische Front für den deutsch-österreichischen Zusammenschluss gezeigt, wie sie von 1918 bis 1933 über alle Parteigränzen hinweg einig vor der Weltöffentlichkeit aufmarschierte. Heute führen wir den Nachweis, daß sich in derselben Zeit eine ausländische Front zugunsten unseres nationalen Selbstbestimmungsrechtes gebildet hat. Es ist eine grobe Lüge, wenn behauptet wird, das Ausland würde sich jeder deutsch-österreichischen Annäherung feindlich widersetzen. Wahr ist, daß die Welt längst weiß, daß der deutsch-österreichische Zusammenschluss einmal kommen muß, wenn nicht heute, so morgen, in einem besseren Europa, das sich das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, friedlich erringen wird!

Friedensschalmeien 1918:

Woodrow G. Wilson aus der Botschaft an den Kongress von Washington am 11. Februar 1918:

„..... Nationale Ansprüche müssen geachtet werden, Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handels, den die Staats-
männer künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden“

Aus einer Rede in Baltimore am 6. April 1918:

„..... Das freie Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist ein Grundsatz, auf dem die ganze moderne Welt ruht“

Northcliffe schrieb im November 1918:

„Es ist selbstverständlich, daß das Recht der freien Selbstbestimmung auch den deutschen Provinzen Österreichs, falls sie Deutschland als Bundesstaat beitreten wollen,
nicht streitig gemacht werden könne“

Robert Lansing, der Außenminister Wilsons, schlug bereits am 21. September 1918 in seinem für den Gebrauch der amerikanischen Regierung verfaßten Memorandum über die
Friedensprobleme vor:

„Reduzierung Österreichs auf die alten Grenzen unter dem Titel eines Erzherzogtums. Einverleibung des Erzherzogtums in den Bundesstaat des Deutschen Reiches“
(Lansing Robert: Die Versailler Friedensverhandlungen. Deutsche Ausgabe, Berlin 1922.)

Diesen Friedensspalmen, den 14 Punkten und den Vereinbarungen des Präliminarfriedens vertrauend, legte das deutsche Volk nach viereinhalbjährigem, unerhörtem Kampfe
gegen eine Welt von Feinden die Waffen nieder. Die Deutschen Österreichs erlebten nach ruhmvollen Kämpfen die Auflösung der Donaumonarchie und beschloßen auf Grund des
allen Völkern versprochenen Selbstbestimmungsrechtes am 12. November 1918 in ihrer provisorischen Nationalversammlung einstimmig und feierlich als Artikel 2 der Verfassung
Deutschösterreichs: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik!“ Aber die waffenlose Nation wurde von den Siegern schmachlich betrogen, die Waffenstillstands-
bedingungen wurden gebrochen, Deutschösterreich wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung mit brutaler Gewalt vorenthalten.

Friedensdiktat 1919:

Artikel 80 des Vertrages von Versailles (28. Juni 1919):

„Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Österreichs und wird sie streng in den durch
den gegenwärtigen Vertrag festgesetzten Grenzen als unabänderlich beachten, es sei denn
mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes.“

Zu diesen Bestimmungen schrieb

Robert Lansing: „Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum zu denken als dieses Verbot des fast vom einmütigen Wunsche des deutsch-
österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland“
(Dem oben genannten Werk entnommen.)

Italien: Die italienische Kommission zur Ratifizierung des Vertrages von St. Germain hebt die durch den Vertrag im Artikel 88 sanktionierte Ungerechtigkeit hervor, Österreich
zu verbieten, sich an Deutschland anzuschließen, ein Verbot, das eine offenkundige Ungerechtigkeit und für die Interessen Italiens Gefahr und Schaden bedeute“

Mit dem verbrecherischen Irrsinn der Verträge von Versailles und St. Germain begann ein neues Kapitel deutscher Geschichte: Ehrlosigkeit und Rechtlosigkeit unter den
Völkern, innerer Verfall und Hunger, wirtschaftliches und politisches Schiebertum schienen die Gegenwart und Zukunft eines großen Volkes, dessen Abwehrkraft viereinhalb Jahre
die Welt erzittern ließ, für immer vernichten zu wollen. Deutschösterreich, aus einem größeren Wirtschaftsgebiet gewaltsam herausgerissen, vom Reiche gewaltsam getrennt, war eine
einzige Wunde. Als die Wirtschaft des unglücklichen Landes im Herbst 1922 am Rande des Abgrundes stand, holte sich der österreichische Staatsmann Bundeskanzler Dr. Seipel
die Völkerbundanleihe, indem er das Genfer Protokoll unterschrieb, von dem er glaubte, daß es keine über den Friedensvertrag hinausgehende Bindung enthalte. Österreich war,
wie das Haager Gutachten von 1932 bewies, zum zweiten Male betrogen.

Herbert Hoover, der nachmalige Präsident der Vereinigten Staaten, in einer Botschaft an die Hilfsaktion 1920 für die notleidenden Völker Osteuropas:

„Wenn es auf mich ankäme, würde ich den Kredit für Österreich verweigern, bis die Alliierten den Friedensvertrag dahin geändert hätten, daß die Vereinigung Österreichs
mit Deutschland gestattet wird.“

Samuel Macdonald erklärte am 27. Juli 1920 in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ in Berlin auf seiner Durchreise zu dem Internationalen Sozialisten-
kongress nach Genf:

„Außer Frage steht für uns das Recht der Bevölkerung, frei über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden, also zum Beispiel auch das Recht Österreichs, sich aus freiem Willen der
deutschen Republik anzuschließen.“

Erpressung 1922:

Österreichs Verpflichtung durch das Genfer Protokoll (4. Oktober 1922):

„Die Regierung der Österreichischen Bundesrepublik andererseits verpflichtet sich, ent-
sprechend dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, sich ihrer Unabhängigkeit nicht zu
entäußern; sie wird sich aller Verhandlungen und wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflich-
tungen enthalten, die geeignet sein könnten, unmittelbar oder mittelbar diese Unabhängigkeit
in Frage zu stellen.“

Diese Verpflichtung steht dem nicht im Wege, daß Österreich vorbehaltlich der Bestimmungen

des Vertrages von St. Germain, seine Freiheit in Angelegenheiten des Zolltarifes und in bezug
auf Handels- und Finanzabkommen und überhaupt für alles, was sein Wirtschaftssystem oder
seine Handelsbeziehungen betrifft, behält, jedoch unter dem Vorbehalt, daß es seine wirt-
schaftliche Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen darf durch die Gewährung einer Sonder-
behandlung oder von ausschließlichen Vorteilen an irgend einen Staat, die geeignet sind, diese
Unabhängigkeit zu bedrohen.“

Jeder Leser der Bundeszeitschrift „Der Anschluss“ trete dem Österreichisch-Deutschen Volksbund, wenn er
dessen Mitglied noch nicht ist, bei.
Anmeldeschein liegt bei.

Die Gewaltverträge, welche das Schicksal Deutschösterreichs bestimmen, waren Dokumente eines gegen das deutsche Volk gerichteten Vernichtungswillens; von jeder wirtschaftlichen Einsicht verlassen, auf jede Rechtsidee Verzicht leistend, stürzte diese Verträge die Welt in ein Chaos. Keinen Augenblick konnten diese Dokumente des Wahnsinns den Glauben an ihre Heiligkeit und dauernde Geltung erwecken, die Vereinigten Staaten verweigerten ihre Unterschrift, in allen Ländern erhoben sich gewichtige Stimmen gegen das sogenannte Friedenswerk, das viel mehr Kriegsursachen schuf als es im Jahre 1919 gegeben hatte. Gegen das Anschlussverbot bildete sich allmählich eine laute Weltmeinung. Aus einer Überfülle solcher Stimmen aus der internationalen Politik und aus der Weltpresse wollen wir eine ganz kleine Auswahl bringen, welche der künftigen Geschichtsschreibung gewidmet sei:

1920—1927

Frankreich:

„L'Humanité“, Paris, 29. Mai 1920.

„... Indem die Mächtekonferenz der österreichischen Republik verbot, über sich selbst zu bestimmen und zu gleicher Zeit ihr alle Möglichkeit nahm, mit den Nachfolgestaaten des alten Österreichs eine neue Verbindung einzugehen, hat sie sich an den Leitlinien selbst vergangen, die sie sich für den Frieden der Gerechtigkeit festgelegt hatte. Österreich bietet das Schauspiel eines Landes, das für Österreich geradezu tödlich, für die Menschheit aber tief beschämend ist.“

Jänner 1923. Der Berichterstatter über das Garantiefest für Österreich, Daussat, fällt im französischen Senat folgendes Urteil über den Vertrag von St. Germain: „Der Frieden von St. Germain hat ein neues Österreich geschaffen, das ohne fremde Hilfe nicht lebensfähig ist.“

In der „Volonté“ vom 29. Oktober 1926 erklärt Loucheur: „In Anbetracht der engen

Interessengemeinschaft und der Übereinstimmung der Gefühle ist der Anschluss Österreichs und Deutschlands bereits eine Tatsache und aus diesem Grunde eine politische Vereinigung nur noch eine formale Angelegenheit.“

Luchaire schreibt in der „Information“ Anfang 1927: „Wir lassen uns von der politischen Seite der Frage (Anschluss, Anmerkung) hypnotisieren und vergessen darüber die wirtschaftliche und psychologische Seite. Der deutsche Einfluss wächst unwiderstehlich. Die Notwendigkeiten des Lebens triumphieren täglich über die Schwierigkeiten, die den Weg zu dem neuen Mitteleuropa markieren. Der Anschluss der Geister ist bereits vollzogen.“

„Le Nouveau“ vom 18. Juli: „Nicht diese oder jene Revolution tötet Österreich, das tut der Friede von Versailles.“

„Le Nouveau“ vom 19. Juli: „Österreich bleibt der kranke Mann des westlichen Europas

vom Jahre 1927. Das logische Heilmittel ist in diesem Falle: Der Anschluss!“

„Volonté“, 24. Juli 1927, erklärt: Für das sterbende Österreich müsse ein Wiederaufbauplan aufgestellt werden und zwei Möglichkeiten böten sich dar: eine Donauföderation oder der Anschluss. Die Donauföderation sei wegen des nationalistischen Antagonismus und wegen der Eignung der neuen Staaten unmöglich. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist überzeugt, daß der Anschluss das einzige Mittel zur Rettung sei.

„Paris Matinal“, 26. Juli, sieht die Ursachen der Zulivorgänge in der Stimmung der Arbeiterklasse für den Anschluss.

„Tribune“ (Saint-Etienne), 28. Juli, erklärt, daß Österreich geographisch und ethnographisch zu Deutschland gehöre und daß der Anschluss natürlich und notwendig sei. Wenn er nicht mit Einwilligung Frankreichs zu-

stande komme, so gegen sie. Frankreich sollte eine vernünftige Lösung finden.

„Egcelio“ vom 27. September: „Deutschland muß bezahlen, die Österreicher tun so, als ob sie selbst bezahlen müßten. In ihrem Geiste ist der Anschluss an Deutschland schon so gut wie vollzogen.“

„Eho de Paris“ vom 16. November: „Innerhalb zweier Jahre kann man annehmen, daß alle heiklen Fragen gelöst sein werden und daß der Anschluss de facto, wenn nicht vielleicht de jure bestehen wird.“

„La Rumeur“, 20. November, beklagt die Tatsache, daß die Verbündeten sich nicht mehr um das Los des zum Tode verurteilten Österreich kümmern. Daher habe sich Österreich Deutschland zugewendet. „Der Anschluss wird dem Wasserhahn Mitteleuropas den Hals geben, der ihm fehlt.“

„Paris, Télégrammes“ vom 2. Dezember: „Der Anschluss an Deutschland steht von Tag zu Tag mehr auf der Tagesordnung.“

England:

„Railway Gazette“, London, Jänner 1922: „Die Tatsache ist eben die, daß Österreich nicht allein leben kann und obwohl für den Augenblick französische und andere Einflüsse den Anschluss an Deutschland verhindern, so wird doch der Tag kommen — dies ist der zuversichtliche Glaube aller, welche die Verhältnisse in Mitteleuropa kennen —, wo Österreich sich an seine größere deutsche Schwester anschließen wird.“

In „The Spectator“ schreibt Lytton Strachey im August 1925: „Ein Anschluss an das Deutsche Reich würde, das können wir als sicher annehmen, der Sache des Friedens in Europa nur zusetzen kommen.“

„Manchester Guardian“, London, 21. April 1920: „Man hat erklärt, der Zusammenbruch Österreichs sei unvermeidlich gewesen, um endlich das Prinzip der Selbstbestimmung zur Herrschaft

zu bringen. Gleichzeitig aber und augenscheinlich auf Grund des alten Satzes, daß die linke Hand nicht wissen dürfe, was die rechte tut, treten wir dem klaren und einmütigen Willen des österreichischen Volkes, sich mit Deutschland zu vereinigen, entgegen. Dies ist weit davon entfernt, bloß eine Gefühlsfrage zu sein. Die Wahrheit ist einfach die, daß der vom Friedensvertrag konstruierte österreichische Staat eine politische und ökonomische Monstrosität ist. Die Vereinigung mit Deutschland ist seine einzige Chance der Wiedergenesung und diese wird ihm verweigert.“

In den „Daily News“, Juli 1920: „... Deutschösterreich muß der Anschluss an Deutschland erlaubt werden. Es ist die französische Verfallungspolitik gegen Deutschland, die die letzte Ursache des an Deutschösterreich verübten Mordes ist.“

... Es ist nicht wahrscheinlich, daß Deutschland mit seinen eigenen ungeheueren Schulden darauf hindrängt, einen so vollkommen zugrunde-

gerichteten Staat wie Deutschösterreich zu übernehmen. Aber es könnte sich schwerlich weigern, dies unter bestimmten Bedingungen zu tun. In jedem Falle aber ist dies der einzige sichtbare Weg, Deutschösterreich eine denkbare Zukunft zu sichern.“

Verurteilung des Vertrages von St. Germain.

April 1920. Im englischen Oberhaus erklärte Lord Buckmaster, Hunger sei der stete Gefährte des österreichischen Volkes, weil die Mächte im Friedensvertrag die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Wiens und des umliegenden Gebietes vollständig ignoriert haben. Lord Parmoor bezeichnet den Vertrag mit Österreich als hoffnungslos und unmöglich. Wenn er nicht entscheidend geändert werde, verurteile er Österreich zur Rolle des ewigen Bettlers.“

„The New Statesman“, eine ernste englische politische Wochenschrift äußert sich im Juli

1927 zur Anschlussfrage in folgenden beachtenswerten Ausführungen: „... Europa darf nicht zögern, Österreich die einzige Unterstützung zu leisten, die es ersehnt: die Erlaubnis, sich der Deutschen Republik anzuschließen. Der Anschluss ist die einzige praktische Methode, um die Unzufriedenheit in Österreich beizulegen und seine Wünsche zu erfüllen. Der Plan einer Donauföderation, den Frankreich und die Nachfolgestaaten befürworteten, ist unpraktisch. Der Anschluss mit all seinen möglichen Folgen bedeutet für den europäischen Frieden eine geringere Gefahr, als die Fortdauer der offenen Wunde Österreichs im Herzen des europäischen Kontinents.“

„Westminster Gazette“ vom 8. September bringt einen Artikel, der die Tatsache hervorhebt, daß die politische Stellung Österreichs durch den Anschluss an Deutschland nur gewinnen könne.

Amerika:

Der „New York Abend Herald“ vom 31. Jänner berichtet über ein Mussolini-Interview: „Mussolini sieht Österreichs Anschluss an Deutschland in der Zukunft kommen. Der Wahlausgang und die neue Zusammenfassung des Parlaments zeigen, daß Österreich mit einer überwältigenden Volks- und Parlamentsmehrheit für den Anschluss eintreten wird. Hier ist der leichteste Weg zu finden, der das aus dem Krieg geschwächt hervorgegangene Land von seinen jeglichen Schwierigkeiten befreit.“

S. O. Eaton, Professor der Southern Methodist University: „Während Deutschland und Österreich vor dem Weltkrieg ein voneinander streng abgegrenztes nationales Leben geführt haben, ist Österreich jetzt nur von dem einen Wunsch befeuert, den Anschluss an Deutschland durchzuführen. Wenn immer ich in Österreich gefragt habe, jeder sah in dem Anschluss an Deutschland den einzigen Weg, der Österreich aus seinem Unglück befreien könne.“

„Chicago Tribune“, Paris, vom 1. März 1926, veröffentlicht einen ausführlichen Bericht ihres Wiener Korrespondenten unter dem Titel: „Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland ist eine Gewissheit.“

Italien:

„Tribuna“, 17. Februar: „Es wäre endlich angebracht, daß sich die Wahrheit Bahn breche, daß Italien nicht immer wie ein Hund der französischen Politik folgen müsse nur wegen der Angst, an seiner Grenze die Stiefeln der deutschen Soldaten statt der österreichischen Menageschalen zu sehen.“

„Roma“, 15. November, weist gleichfalls auf die in Österreich erfolgten Angleichungen als Vorbereitung zum Anschluss hin, der durch die unhaltbare Lage des Landes bedingt sei. „So wie heute wird die österreichische Republik nicht leben.“

Polen:

Wl. Studnicki am 29. August im „Echo Warszawski“: „... Darum wird der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich ein Ereignis der nächsten Jahre sein. In dieser Ansicht hat mich mein Aufenthalt in Wien bestärkt.“

Dänemark: Im Mai 1924 erklärte der dänische Ministerpräsident Stanning: „Wir sind als Sozialisten prinzipielle Anhänger des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und hatten, als die Frage aktuell war, die wärmsten Sympathien für den deutsch-österreichischen Zusammenschluß. Wir weichen von diesem prinzipiellen Standpunkt nicht ab, ob wir Regierungspartei oder Oppositionspartei sind.“

Amerika: Robert Lansing, Staatssekretär des Äußern unter Wilson, erklärt in der „Neuen Freien Presse“ vom 21. Mai 1925: „Der Anschluss Österreichs würde den Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung Europas fördern. Diese Ansicht habe ich im Jahre 1918 in einer Zeitschrift ausgedrückt und seither habe ich meine Meinung darüber nicht geändert.“

Ich glaube nicht, daß sich Österreich ohne die Vereinigung mit Deutschland industriell und überhaupt wirtschaftlich aufrichten kann. Wenn die Italiener die Küsten der Adria besäßen, so sollen die Österreicher einen Ausgang nach Norden haben.

Nach meiner Ansicht wird die Lage Mitteleuropas sich nicht stabil gestalten, ehe nicht der Anschluss vollzogen ist....“

Benito Mussolini. In einem Interview, das er dem amerikanischen Zeitungsvertreter G. S. Biederer gewährte:

„Der Anschluss Österreichs an den Deutschen Staatenbund ist für Deutschland ein viel bedeutenderes Problem als für Italien. Er mag eines Tages kommen....“

Schweiz:

„Tageblatt für den Kanton Thurgau und die Ostschweiz“, August 1925: „Der jetzige Staat Österreich ist und bleibt lebensunfähig. Er befindet sich deshalb in ständiger Unruhe. Die Idee des Anschlusses ist bei den Österreichern in der breitesten Bevölkerung lebendig. Sie wird und kann nicht zur Ruhe kommen. Hier werden wir also einen ständigen Herd politischer Beunruhigung haben. Es gibt nur eine glatte Lösung: den möglichst baldigen Anschluss an Deutschland. Diesem Anschluss uns entgegenzustellen, haben wir (Schweiz) gar keinen Grund.“

„Gazette de Lausanne“ am 9. Dezember 1926: „Wir sind der festen Überzeugung, daß ihr Wunsch (nach dem Anschluss) sich eines Tages erfüllen wird....“

„La Gazette de Lausanne“ vom 21. März 1927 schreibt zum Anschluss: „Die Anschlussfrage spielt in den verschiedenen Parteiprogrammen keine Rolle. Alle Österreicher sind dem Anschluss günstig gestimmt, aber sie sehen ein, daß der Augenblick nicht günstig gewählt ist. Es ist unsere Überzeugung, daß sie früher oder später das erreichen werden, was ihr Wunsch ist.“

Spanien:

Der „Sol“, Madrid, 18. November: Das Auftreten des Reichsanzalters Dr. Marx und des Reichsaussenministers Dr. Stresemann in Wien hätte nicht diskreter sein können, als es gewesen ist, daß aber natürlich trotzdem der Schatten des Anschlusses hinter den absichtlich stark gemäßigten Worten auftauchte. Da Österreich nun keine ethnischen Probleme mehr habe und nur noch der deutsche Stamm allein übrig sei, sei der Anschluss unvermeidlich.

Türkei:

Der bekannte türkische Schriftsteller Agaoglu Mehmed in der „Millîot“, Konstantinopel, 22. November:

„Der Völkerverbund hat Österreich zu Hilfe kommen wollen, aber seine halben Maßnahmen haben das Unheil noch vergrößert. Österreich wendet darum seine Augen nach Deutschland, dem es sich anschließen will. Abgesehen besteht bereits die geistige Einheit der beiden Länder: Sprache, Rasse, Kultur, Absichten und überhaupt alles ist ihnen gemeinsam.“ Zum Schluß betont der Verfasser, die

Einigung der beiden Staaten sei unvermeidlich und nichts als eine Frage der Zeit.

Die „Türkische Post“, Konstantinopel, 23. November, bemerkt dazu: Deutschland hat gezeigt, daß es um des europäischen Friedens willen Opfer zu bringen weiß, die auf der Gegenseite bisher noch vermied werden. Diesen Frieden kann der Anschluss Österreichs an Deutschland nur noch dauerhafter machen.

Jugoslawien:

Der ehemalige serbische Außenminister, vormals auch serbischer Gesandter in Wien und derzeit einflussreicher Parteiführer, Sovan Sovanovic, hielt in Asklia eine Rede („Neue Freie Presse“, 2. August) in der er erklärte, die jugoslawische Regierung müsse öffentlich dafür eintreten, daß der Anschluss Österreichs an Deutschland durchgeführt werde. Auf diesem Prinzip habe sich Jugoslawien geeinigt und dieses Prinzip müsse auch für Deutschland und Österreich Geltung haben.

Tschechoslowakei:

Der „Central European Observer“ Prag, vom 7. Jänner: „Das österreichische Problem wird nicht früher aufhören, Europa zu beunruhigen, ehe die feilsche Einstellung des Volkes sich nicht geändert hat. Die überwiegende Mehrzahl des Volkes hat keine Hoffnung, die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert zu sehen und denkt nur an den Anschluss.“

Der Abgeordnete Kallina erklärte am 11. Februar 1928 in einer Rede im Anschluss der tschechoslowakischen Kammer: Was Österreich betreffe, habe sich die Tschechoslowakei mitschuldig gemacht, einen Staat ins Leben zu rufen, der nicht lebensfähig ist. „Im übrigen wird dieser Zusammenschluß auf die Dauer nicht aufgehen können, und in dem Augenblick, da Italien kein Interesse haben wird, sich entgegenzustellen, wird er auch erfolgen.“

Die „Bohemia“ vom 9. März 1928 schreibt über die „Frühlingswahlen in Österreich“, daß diese auch für den Anschluss entscheidend werden: „Auch diese Wahlen werden von neuem zeigen, wie verhängnisvoll es für Österreich ist, daß es keine nationale und freiheitlich bürgerliche Partei gibt, die im Zeichen des unbedingten und entschlossenen Willens zum Anschluss an die Heilung der politi-

schen und wirtschaftlichen Gebrechen geht, worunter der Staat leidet, weil er kein Staat sein will, und worunter er leiden muß, solange er keiner sein kann. Der alte Nationalrat mußte an diesem Zwiespalt zugrundegehen; aber auch jedes andere österreichische Parlament wird daran glauben müssen.“

„Republika“ schreibt: „Wir, die Nachbarn beider Staaten, müssen für die Zukunft mit dem Erfolg des Anschlussplanes rechnen, und dies um so mehr, als bisher nichts unternommen wurde, was die Friedensverträge verlegen würde.“

Ungarn:

Baron Josef Szterenyi, königlich ungarischer Handelsminister a. D., Mitglied des Oberhauses, Juni 1927, hält den Abschluss einer förmlichen österreichisch-ungarischen-deutschen Zollunion, die ein neues Mitteleuropa schaffen würde, für plausibel, da diese Lösung auf den ersten Blick als die einfachste und vernünftigste, ja sogar als die erwünschteste erscheint. „Denn es ist meine feste Überzeugung, daß es in absehbarer Zeit zu einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich kommen wird. Mögen manche Großmächte oder ihr Anhang diese Zollunion aus Angst vor dem politischen Anschluss zu verhindern trachten, so wird sie sich doch durchsetzen.“

In der „Nouvelle Hongrie“, August 1927, schreibt Rastignac: „Wir sind übrigens überzeugt, daß der Anschluss in kurzer Zeit eintreten wird, ob es Frankreich oder Italien wollen oder nicht. Was uns in dieser Angelegenheit interessiert, ist die Unerschämtheit, mit welcher das Statut des „Neuen Europa“ festgelegt wurde...“

In der dem Grafen Bethlen nahestehenden Zeitschrift „Magyar Szómló“ (Ungarische Rundschau) behandelt im Dezember 1927 ein Aufsatz die Frage des deutsch-österreichischen Anschlusses, worin zum Ausdruck gebracht wird, man hätte nichts dagegen, denn es läge nicht im Interesse des Landes, einen kleinen Nachbarstaat mit untergeordneten Verhältnissen zu besitzen. Im Gegenteil, ein geordneter großer Staat als Nachbar wäre sehr angenehm.

1928

Das Echo des 10. Deutschen Sängerbundesfestes in Wien

Frankreich:

Gervé in der „Victoire“, 25. Juli: „Ein wahrer deutsch-französischer Friede erfordere außer der Räumung des Rheinlandes noch andere Opfer von Frankreich, so die Zustimmung zum Anschluß Österreichs an Deutschland, wobei allerdings Österreich entmilitarisiert werden müsse.“

„Le Populaire“ (Soz.), 27. Juli.

Auf die direkte Frage des Temps an die Sozialisten, wie sie sich zur Anschlußfrage stellen, antwortet Leon Blum: Es gibt kein Mittel, den Anschluß zu verhindern und man hat dazu auch kein Recht. Man hat im Friedensvertrag ein lebensunfähiges Österreich geschaffen, das bisher nur durch die Hilfe der Großmächte hat vegetieren können. Was man gegen den Anschluß einwenden kann, ist die Möglichkeit imperialistischer Pläne eines mitteleuropäischen Blocks verwirklicht zu werden.

„Manchester Guardian“ vom 11. Juli erklärt in Besprechung der Anschlußfrage, daß die Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain, die den Zusammenschluß von Österreich und Deutschland verbieten, einen Zustand der Feindseligkeit und Verlogenheit herbeigeführt haben, der für alle anderen Staaten Europas entwürdigend sei. Österreich sei durch den Vertrag von St. Germain noch furchtbarer zersplittert worden als Ungarn, denn Ungarn könne allein leben, Österreich aber nicht. Das sich stets ergebende Defizit könne nur durch immer neue Anleihen gestillt werden. Dadurch werde Österreich zum Bettler Europas. Es gäbe nur eine wirksame Lösung und das sei die Vereinigung mit Deutsch-

land, die ein alter und doch lebendiger Traum sei, der die breiten Massen beider Länder begeistere. Nur Frankreich und die kleine Entente seien gegen den Anschluß und es wäre gerecht, wenn diese Staaten alle Anleihen, die Österreich jetzt und in Zukunft brauche, aufbringen müßten.

Die „Saturday Review“ meint, es bestehe kaum ein Zweifel, daß man den Forderungen des deutschen und des österreichischen Volkes nach Vereinigung werde nachgeben müssen.

„Manchester Guardian“, 25. Juli. Das Sängerbundesfest sei ein Zeichen dafür, daß die große Idee mehr Lebenskraft als je besitze. Die formelle Vereinigung beider Länder sei

seiner Vergangenheit würdige Rolle spielen. Frankreich sei der Befreier Italiens, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei gewesen, es möge auch der Befreier Österreichs werden.

„Le Soir“, 31. Juli. Wir haben die Anschlußfrage nicht aufgerollt, sie ist auch nicht durch unsere Freunde in der deutschen Sozialdemokratie aufgerollt worden. Diese Forderung ist spontan von Österreich ausgegangen. Wir erklären, daß an dem Tage, an dem die Frage offiziell gestellt wird, diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden, sich nicht gegen den Willen Österreichs erheben können, und daß wir Sozialisten unseren Grundsätzen und den Grundsätzen Wilsons, in deren Namen 15 Millionen Menschen getötet worden sind, treu bleiben.

„Populaire“ (Soz.), 31. Juli. Die Radikalen würden doch angesichts der Offenherzigkeit der Lage nicht bestreiten wollen,

England:

ohne Zustimmung des Völkerbundes nicht möglich. Aber die immer enger werdende Zusammenarbeit sollte von allen Seiten willkommen heißen werden, die die dunklen Grundzüge tyrannischen Mißtrauens nicht sanktioniert haben. Der Zusammenschluß beider Staaten sollte schließlich nur eine Formalität werden, die der Völkerbund aus allgemeiner Höflichkeit nicht ablehnen könne.

„Daily Herald“, 28. Juli.

Das Gerede der französischen und der tschechischen Presse wegen der Anschlußdemonstration ist unsinnig und absurd. Nur der Himmel weiß, warum in einem Europa, das seine Landkarte

daß die Forderung nach dem Anschluß von Österreich selbst ausgehe. Aber die Gründe könne man streiten, soviel man wolle. Die Unmöglichkeit eines unabhängigen Wirtschaftslebens, die Verwandtschaft der Rasse oder Sprache, diese Tatsachen selbst könne man anständigerweise nicht bestreiten. In diesem Falle müsse man aber die in Betracht kommenden republikanischen Publizisten fragen, im Namen welches Prinzips sie sich dem Willen des österreichischen Volkes an jenem Tage widersetzen würden, da dieser Wille in bestimmter Weise zum Ausdruck gekommen und die Frage offiziell aufgeworfen sein werde?

„Cri des Peuples“, 2. August.

Es sei Zeit, sich von dem Chauvinismus der Siegerzeit freizumachen. Österreich hat mehr als irgendein anderes Land gelitten. Wenn man ihm die Revision seines Prozesses verweigert, leugnet man Locarno, und wenn man den Anschluß bekämpft, arbeitet man gegen den Frieden.

nach dem Prinzip der Nationalitäten und dem Recht der Selbstbestimmung revidiert hat, es ausgerechnet den Deutschösterreichern verweigert sein soll, sich mit den Deutschen im Reich zu vereinigen.

Der „New Statesman“ erklärt, daß man die Erregung der Presse in Frankreich und die der kleinen Entente überhaupt nicht verstehen könne, da sie unlogisch sei. Man könne den Deutschen die eigene Entscheidungsfreiheit nicht nehmen, denn der einfache und gesunde Menschenverstand sei stärker als törichte Kläufeln der Friedensverträge. Österreich müsse aus wirtschaftlichen Gründen eine Lösung suchen, die nur im Anschluß an Deutschland zu finden sei.

völker, welche dieselbe Sprache sprechen und dieselbe Kultur besitzen, ist auf die Dauer nicht zu unterdrücken.

Türkei:

„Milliet“, Konstantinopel, 3. August 1928, schreibt: „Die Prinzipien nationaler Einheit und Unabhängigkeit, die die Völker während und nach dem Kriege gebilligt und anerkannt haben, machen vom Standpunkt des internationalen Lebens den deutsch-österreichischen Zusammenschluß zu einer rechtlich durchaus unanfechtbaren Sache. Wenn die ganze Welt weiß, daß Österreich deutsch ist, und daß es sich an Deutschland, das große Mutterland, anzuschließen wünscht, wie kann man sich dagegen stemmen? Nach dem gegenwärtigen Stand der Nationalitätsprinzipien ist die deutsch-österreichische Sache eine Sache des Rechts und der Menschlichkeit. Wieder einmal hat die Politik über das Recht gesiegt. Aber wie lange wird dieser Sieg vorhalten?“

hältnismäßig größten Teil der österreichischen Ausfuhr aufnehme und immer mehr an sich ziehe. Im Wirtschaftsblock mit der kleinen Entente könnte sich deswegen die Handelsbilanz Österreichs nur verschlechtern. Daraus ergebe sich, daß die europäischen Staatsmänner, die sich mit der Konsolidierung Europas befassen wollen, ihre Zeit nicht mit müßigen wirtschaftlichen Kombinationen verdröbeln sollen. Die Verhinderung der Vereinigung Österreichs mit Deutschland sei, historisch gesehen, eine Unmöglichkeit und die Kombinationen derjenigen Staatsmänner, die sich künftig nicht vor Augen hielten, daß diese Entwicklung unumgänglich sei, würden an dem energischen Verlangen des deutschen Volkes nach Selbstbestimmung scheitern. Das gelte besonders für alle Kombinationen in Mitteleuropa, die alle Vergeltens bleiben müßten, wenn man die Tatsache vergesse, daß Deutschland und Österreich heute schon ein und dasselbe seien.

Italien:

„Impero“, 25. Juli. Österreich und Deutschland sind tatsächlich vereint und werden vereint bleiben, da die Vereinigung den geistigen und wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Länder entspreche, die von dem einen wie dem anderen Lande lebhaft empfunden werden.

Schweiz:

„Neue Zürcher Zeitung“, 25. Juli. Die reale Folge der vier Tage in Wien ist eine moralische Stärkung des Anschlußgedankens und eine Zurückdrängung jener Kreise, die dem Gedanken haben und drüben ablehnend gegenüberstehen.

Niederlande:

„Haagsche Post“, 31. Juli. Trotz allen Geschreis in Paris, Prag und Rom wird und muß der Anschluß Österreichs an Deutschland kommen. Ein so starkes, herzliches und leidenschaftliches Verlangen zweier Nachbar-

ten deutschen Industrie getrennt werden und daß unsere Agrarprodukte so viele Grenzen überschreiten müssen, weshalb so viele unnötige Vermittler angeprochen werden müssen. Der Anschluß sei nicht bloß ein Bedürfnis für Österreich und Deutschland, sondern auch für Südslawien und den Balkan. Mit dem Anschluß bekäme Südslawien eine unmittelbare Grenze mit dem einheitlichen und mächtigen Deutschland und die nationalen und wirtschaftlichen Interessen Südslawiens fordern, daß diese Grenzen so bald als möglich geschaffen werden.

„Politika“, 30. Juli (Belgrad). Ein aktiver und einflussreicher serbischer Diplomat nimmt zur Anschlußfrage Stellung: Die Anschlußfrage habe nicht nur eine sentimentale, sondern vor allem eine materielle Seite, da Österreichs Handelspolitik sich jetzt infolge der Zollpolitik der Staaten der kleinen Entente nach Westen gewendet habe und Deutschland den ver-

baulichen Beispiele dieser Verleugnung.

Daß Österreich nicht gestattet ist, sich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen, ist wohl der größte Vorstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht.

Denn von Anfang an hat Österreich seinen Willen kundgegeben, sich dem Reich anzuschließen. Einstimmig hat die österreichische Nationalversammlung für das Prinzip der Vereinigung gestimmt, und es stand im ersten Entwurf der Staatsverfassung, daß die Republik Österreich ein Glied des Reiches sein sollte. Unter solchen Umständen ist der Widerstand der Entente nicht allein eine schreiende Ungerechtigkeit Österreich gegenüber gewesen, sondern auch eine offene Verleumdung der wichtigsten unter den Wilsonschen Prinzipien.

„Victoire“ vom 16. Oktober 1930 veröffentlicht einen Artikel seines Herausgebers Gustave Gervé, worin dieser die Revision des Versailler Vertrages fordert und außer der Streichung der deutschen Reparationslasten, die er allerdings von der Annullierung der interalliierten Schulden an Amerika abhängig macht, auch den Anschluß Österreichs an Deutschland zu-

Amerika:

„Annalist“ (New York), 22. Juni.

Es sei ganz zwecklos von den Großmächten, Österreichs Unabhängigkeit und Souveränität feierlich zu garantieren und es habe auch keinen Zweck für Österreich, einen Präsidenten und ein Parlament zu haben. In Wirklichkeit sei die Republik von ihren Nachbarn regiert. Es sei sehr großmütig, einem Mann ein Haus zu geben und ihm zu sagen, daß er machen könne was er wolle, aber die Handlungsfreiheit eines solchen Mannes werde stark eingeschränkt, wenn seine Nachbarn unübersehbare Wälle um das Haus bauen. In einem solchen Falle werde sein Heim zu einem Gefängnis. Österreich befinde sich in dieser Lage. Was immer auch die Großmächte sagen, Österreich könne unter den bestehenden Bedingungen nicht leben; es sei lächerlich, die Schweiz als ein Beispiel hinzustellen, da sich die Welt stark ge-

wandelt habe, seit diese Republik gegründet wurde.

„Evening Post“ (New York), 28. Juli. Österreichs Anschluß an Deutschland erscheint als ein so logischer Schritt, daß es schwer ersichtlich sei, wie eine dauernde Opposition dagegen möglich wäre. Wenn die Welt wirklich den Frieden will, so ließen sich die Einwände Frankreichs, Italiens und der kleinen Entente gegen ein deutsches Mitteleuropa auf die Dauer schwerlich rechtfertigen.

„New York World“ (Washington), 30. Juli. Die Tatsache, daß die Anschlußkündigungen zehn Jahre nach Kriegsende möglich seien, beweise, wie sehr der Wunsch nach Vereinigung in beiden Ländern dauernde und wachsende Kraft habe. Der Erfolg könne nicht ausbleiben und könne durch die künftlichen Hemmungen der Friedensverträge nicht aufgehalten werden.

schluß rechnen, denn es sei verständlich, daß er sich nicht verhindern lasse. Man müsse ihn nur bis zu jener Zeit verschieben, bis die Tschechoslowakei wirtschaftlich und politisch derart konsolidiert sei, daß dieses Ereignis, durch das sie von einem einzigen Staatsgebiete gänzlich umschlossen wird, verträglich sei.

Rumänien:

Der rumänische „Adevărul“ v. 24. Juli 1928 ist der Ansicht, daß die Anschlußfrage mit dem Text der Friedensverträge überhaupt nicht kollidiere. Rumänien habe ein besonderes Interesse, die Forderung des österreichischen Volkes nach dem Anschluß zu unterstützen.

Jugoslawien:

Des „Deutsche Volksblatt“ (Neufahr). Die südslawischen Wirtschaftskreise empfinden es schwer, daß sie durch so viele Grenzen von der gro-

teressen, auf die Dauer durch eine ihnen aufzuzunehmende Grenze getrennt werden können?“ „Griffe“ vom 30. August 1928 findet, daß der Anschluß für Frankreich keine Gefahr bedeute, wenn Frankreich es verstünde, mit Deutschland eine Politik der Freundschaft und des wirtschaftlichen Einverständnisses zu pflegen. Man dürfe in Frankreich nicht den Eindruck erwecken, als ob man Deutschland fürchte.

Im „Soir“ vom 7. Dez. 1928 kritisierte der bekannte sozialistische Deputierte Jean Longuet in schärfster Weise die Haltung der französischen Regierung und der französischen bürgerlichen Parteien in der Anschlußfrage. Außenminister Briand habe in seiner Rede über den Anschluß eine unglaubliche Verleumdung an den Tag gelegt und eine geradezu unerhörte Verleumdung der konkreten Grundlagen des österreichischen Problems verraten. Unter Verleumdung jener Ideologie, in deren Namen die Alliierten den „Reichskrieg“ geführt und die österreichisch-ungarische Monarchie zersplittert haben, will Briand dem österreichischen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Jean Longuet weist darauf hin, daß vor einigen Wochen im Club de la Gauche eine überaus interessante Anschlußdebatte stattgefunden habe, wobei Redner sämtlicher französischer Par-

1928 — 1930

Frankreich:

„L'ami du Peuple“, 3. Juli 1928: „Schritt für Schritt, ohne daß man es oben zu bemerken scheint, geht Österreich dem Anschluß entgegen. Vergebens sucht Herr Benesch in Berlin, Paris, London, Bukarest Interessengemeinschaften, daß Freundschaft zu führen... Diesen Anschluß wünscht jedermann in Deutschland wie in Österreich. Mgr. Seipel inbegriffen...“

„L'Action Française“, 3. Juli 1928, Jacques Bainville: „Seipels Worte sind nur eine Kundgebung unter vielen anderen für den Anschlußwillen Österreichs. Tag für Tag knüpfen sich die Bänder fester. Wieber ein vorbereitender Schritt durch die Angleichung der Eisenbahnverkehrsordnung. Die hiebei vom Nationalrat einstimmig angenommene Entscheidung zeigt, daß die Angleichung der Gesetze den politischen Anschluß vorbereitet; als unerlässliche Vorbedingung für eine glückliche Zukunftsentwicklung Österreichs.“

„Le Soir“, 4. Juli 1928, fragt, warum die Rede Seipels genüge, wieder einige französische Zeitungen zu veranlassen, das Anschlußverbot auszusprechen. „Glaubt man denn wirklich, daß zwei Völker des gleichen Stammes und der gleichen Sprache, mit derselben Kultur und denselben In-

gestehen will. Er begründet diese Forderung dadurch, daß durch den Anschluß nichts geändert werde, da er moralisch bereits vollzogen sei und sich später niemand mehr seiner Verwirklichung widersetzen könne.

Sean Longuet, Paris, im Februar 1929:

Bernard Shaw

hatte mit dem deutschen Übersetzer seiner Werke, Siegfried Trebitsch, eine politische Unterredung, in der ihm die Frage gestellt wurde: „Ist der Anschluß Österreichs an Deutschland wünschenswert?“ — Antwort: „Gewiß, denn was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden.“ („Volkszeitung“, Wien, 15. November.)

„Manchester Guardian“ vom 25. März 1929, widmet der Lage in Mitteleuropa und Österreich unter dem bezeichnenden Titel: „Ein verfallenes Land“ eine eingehende Betrachtung, stellt fest, daß die durch die Friedensverträge festgelegten Grenzen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge gezogen wurden, so daß Österreich als der größte Verfallsträger aus dem Zusammenbrüche hervor-

„... Das gegenwärtige Österreich, wie es durch den Friedensvertrag von St. Germain in die Welt gesetzt wurde, ein verelendetes Land ohne Ausgang zum Meer, von jedem größeren Weltmarkt und von den lebensnotwendigsten Rohprodukten abgeschnitten, ist eine künstliche Schöpfung

eines längst unzeitgemäß gewordenen Diplomatengeistes und ist lebensunfähig, wirtschaftlich noch weit mehr denn politisch.

... Die Anschlußbewegung ist im Erstarken und unentzinnbar nähert sich der Zeitpunkt, da der Zu-

sammenschluß Österreichs mit Deutschland eine vollendete Tatsache sein wird. Ist es auszu-denken, daß dann sämtliche Großmächte ihre Kriegsscharen gegen das kleine Österreich mobilisieren werden?

England:

Klar, daß die Alliierten feindlich und ungerecht handelten, als sie dem neuen Österreich die Last des alten Reiches aufbürdeten und dem neuen Staate sein Selbstbestimmungsrecht vorenthielten.

„The New Statesman“ vom 7. September 1929: Für Österreich arbeite die Zeit, denn da es den Tschechoslowaken und damit der Kleinen Entente nicht gelingen werde, Österreichs wirtschaftliche Lage zu bessern, müsse der Anschluß von selbst kommen, der überdies schon durch die Angleichung vorbereitet werde.

Im „Spectator“, London, 28. September 1929, beklagt derselbe Berichterstatter, der Wien vor 25 Jahren im Auftrage des selben Blattes besucht hatte, unverhohlen, daß es die großen Mächte

den Österreichern verbieten, in irgend eine Art Anschluß mit den anderen deutschen Stämmen einzutreten. Er schreibt wörtlich: „Dies ist Österreichs Hauptproblem.“

„Manchester Guardian“ vom 20. Dezember 1929 nimmt zur Anschlußfrage Stellung, bezeichnet die Angelegenheit als eine, nur durch den freien Willen der beiden Völker zu entscheidende und tritt dann der Meinung entgegen, daß die Verträge von St. Germain und Versailles die Vereinigung Österreichs mit Deutschland verbieten. Unter Hinweis auf die notwendige Zustimmung des Völkerbundes stellt jedoch das Blatt fest, daß weder Österreich noch Deutschland so dumm seien, sich eine für die nächsten Jahre noch sichere Zurückweisung vom Völkerbund zu holen.

Amerika:

Der amerikanische Großindustrielle B. L. Faber am 11. August 1929 im „Neuen Wiener Journal“:

„Keinesfalls kann sich aber Österreich unter den gegebenen Umständen halten, wenn der Anschluß an Deutschland nicht in nächster Zeit erfolgen kann. Selbst wenn Deutschland, das bei der Durchführung des Zusammenschlusses zweifellos weniger profitiert als Österreich, Forderungen stellt, wäre es für Österreich meiner Meinung nach vorteilhafter, als allein weiter zu vegetieren. Viele meiner amerikanischen Geschäftskollegen sind deshalb Österreich gegenüber skeptisch eingestellt, da sie mit Recht die Zahlungsfähigkeit in Zweifel ziehen. Die ökonomische Struktur Österreichs ist durchaus nicht fest, sondern eher wacklig, weshalb man zweifelt, daß ohne das baldige Zustandekommen des Anschlusses eine nachhaltige Sanierung überhaupt möglich ist.“

Die österreichische Arbeit ist qualitativ ausgezeichnet und kann bei entsprechender Produktionsverbesserung auch im Ausland konkurrenzfähig werden. Ein Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich würde zweifellos eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation mit sich bringen und so manche Nachteile der Wirtschaftspolitik ausgleichen.“

„The Chicago Tribune“ vom 20. Juli 1930

gibt einen Bericht über die Klagenfurter Bundestagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes: Unter dem Titel: „Die österreichischen Parteien vereinigen sich zur Forderung nach dem Zusammenschluß“ und dem Untertitel: „Sozialisten und Faschisten vergessen ihren alten Streit in einer neuen Bewegung“, schreibt das Blatt: „Während Europa noch vor Aufregung über die Rückkehr Carols und über die erneuerte Agitation für die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn fiehet, vergaßen Sozialisten und Faschisten ihren Streit für einen Augenblick und veranstalteten eine Kundgebung für den Anschluß an Deutschland, der durch die Friedensverträge verhindert wurde.“ Nach kurzer Wiedergabe verschiedener Reden hebt das Blatt die Entsendung eines Vertreters durch die jugoslawische Gesandtschaft nach Klagenfurt besonders hervor.

Italien:

Der „Corriere della Sera“ vom 3. Juli 1928. Die Haltung Österreichs zeige, daß das deutsche Volk bei seinem Grundprogramm, in Mitteleuropa einen deutschen Block zu schaffen, geblieben sei. Damit sind die Illusionen der französischen Politiker zunichte gemacht, die Österreich in einer Donauallianz sehen wollten, durch die in der Hauptsache das alte habsburgische Reich zur Gefährdung Italiens wieder hergestellt worden wäre. Dies alles ist vorüber wie ein Traum und Dr. Seipel hat darüber den schweren Grabstein des Anschlusses gelegt.

Jugoslawien:

Die Agrarier demokratischen „Nowosti“ schreiben am 27. Februar 1928: „Die Friedensverträge erkennen weder jugoslawische noch deutsch-österreichische Minderheiten in Italien an. Die Haltung Italiens gegenüber Österreich ist die beste Propaganda für den Anschluß, der ohnedies unausweichbar ist, da Österreich in seinen jetzigen Grenzen ein unnatürliches Gebilde darstellt. Jugoslawien kann den Anschluß, wann und wie immer er kommt, nur begrüßen, weil es dann an sei-

ner Nordgrenze einen freundschaftlich gesinnten Großstaat haben wird.“

Die Belgrader „Politika“ vom 15. Mai 1930: Alle Schwierigkeiten, die diesem Anschluß entgegenstehen, seien doch kein Beweis dafür, daß er eines Tages noch ohne Krieg und ohne Revolution im Interesse der europäischen Verständigung durchgeführt werde.

Der heilige Stuhl:

Die „Unità Cattolica“ vom 5. Februar 1929, das offiziöse Blatt des Heiligen Stuhles in Rom, äußert sich folgendermaßen zum Anschluß: „Die vom Schicksal gewollte Entwicklung der Dinge, gegen welche auch die Verträge nichts ausrichten können, läßt leicht erkennen, daß Österreich in einer nahen Zukunft einen einzigen Staat mit Bayern und einen integrierenden Bestandteil des Reiches bilden wird.“

Mitglieder!

zählt Eure Beiträge!
Unsere Arbeit erfordert Mittel!
Enthaltet sie uns nicht vor!
Ihr schädigt sonst unsere Ziele
und leidet unseren Gegnern
Vorwurf!

1931

Äußerungen zum deutsch-österreichischen Zollunions-Plan

Victor Margueritte: „Österreich den Anschluß verbieten, ist genau so, als wollte man einem Fluß untersagen, stromabwärts zu fließen!“

Frankreich:

„Quotidien“ vom 22. März: Man könne weder Österreich noch Deutschland irgend einen Vorwurf machen. Die beiden jungen Republiken organisierten sich, so gut sie könnten, denn ohne wirtschaftliche Anlehnung könne Österreich, dieser Wassertopf ohne Körper, nicht leben. Allgemein wurde anerkannt, daß das beste Mittel zur Organisation Europas auf wirtschaftlichem Gebiete im Abschluß regionaler Verträge liege. Deutschland und Österreich hätten sich nur diesem Programm angeschlossen, das Briand selbst empfohlen habe.

„République“ vom 1. April: „Das Wiener Vertragswerk sei kein Attentat gegen den Frieden. Deutschland habe damit lediglich erklären wollen, daß es beiden von Frankreich propagierten Plänen einer Donauföderation unbedingt mit dabei sein wolle. Man müsse sich eben in Paris daran gewöh-

nen, daß Deutschland aus der Rolle des Besiegten wieder heraustrete und dieselbe Gleichberechtigung wie Frankreich fordere.“

„Volonté“ vom 7. April erklärt: „Wir müssen uns endlich schlußfassen, ob wir mit Deutschland auf dem Fuß absoluter Gleichberechtigung leben oder ob wir mit Gewalt unsere Siegerüberlegenheit aufrechterhalten wollen.“

„Victoire“ vom 10. April wendet sich scharf gegen die Kriegsrede Doumergues in Nizza und schreibt: „Jeder Franzose von mittlerer Intelligenz und Bildung muß verstehen, daß nach der Proklamation des Nationalitätenprinzips und nach der Befreiung Polens, Irlands und der Tschechoslowakei es politisch und moralisch unmöglich ist, die Vereinigung zwischen Deutschland und Österreich zu verhindern.“

„Republique“ vom 14. April veröffentlicht einen Artikel des radikalen Abgeordneten Geisbörfer, der schreibt: „Wenn wir einmal den Wiener Vertrag objektiv betrachten, muß man gestehen, daß er weder unerwartet noch aggressiv ist. Natürlich für uns Franzosen, die wir gern wünschten, daß alles nach unseren Ansichten abläuft, ist das Wiener Ereignis schmerzhaft. Aber konnte man es vermeiden, zumal es in Wirklichkeit einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprach?“

Am 11. Juni veranstaltete der Pariser „Club du Faubourg“, ein politischer Diskussionsklub von Bedeutung, eine öffentliche Aussprache über die Anschlußfrage.

Abgeordnete Camille Dablet: Für ihn sei es selbstverständlich, daß die Deut-

schen und Österreicher nicht nur eine Zollunion abschließen, sondern auch ihren politischen Anschluß vollziehen können. Das gebiete das Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu dem sich auch Frankreich während des Krieges bekannt habe. Durch dieses Bekenntnis habe es ja nur die Hilfe Amerikas erlangt, ohne die es den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren hätte. Es habe daher nicht das geringste moralische Recht, gegen eine Union Österreichs mit Deutschland ein Veto einzulegen, ebenso wenig wie etwa morgen gegen eine Vereinigung Portugals mit Spanien zu einer iberischen Föderation. Der Anschluß bedeute keineswegs eine Bedrohung Frankreichs und des europäischen Friedens.

Prof. René Brunet, Mitglied der französischen Kammer, anlässlich eines Aufenthaltes in Wien, im April 1929:

„... Jedenfalls ist man auch in Frankreich der Überzeugung, daß der Anschluß früher oder später zur Durchführung gelangen muß, nur über den Zeitpunkt, der aber nicht mehr allzufern liegen dürfte, ist man sich nicht ganz im klaren. Man könnte sonst wohl keinen anderen Weg finden, um Österreich tatkräftig zu helfen. Der Anschluß an Deutschland ist zweifellos die Vorbedingung für das Gedeihen dieses Staates.“

England:

„Daily Herald“ vom 24. März schreibt: „Wir haben für den Wunsch einer engeren Vereinigung zwischen dem abgetretenen Teil des deutschen Volkes, der in Österreich lebt, und der Masse des deutschen Volkes volle Sympathie. Es ist ein natürlicher Wunsch und würde viele schwierige Probleme lösen. Die Bestimmung des Vertrages von St. Germain, der den politischen Anschluß verbietet, ist einer der Hauptfehler der Friedensmacher von 1919 gewesen. Die Aufgereiztheit der Franzosen erscheint uns phantastisch und weit von der Realität entfernt.“

„News Chronicle“ vom 25. März schlägt vor, wenn Frankreich wirklich der Ansicht sei, daß der deutsch-österreichische Zollbund schließlich zu einem politischen Anschluß führen könnte, möge es

der Einladung Folge leisten und dem Zollverein beitreten.

„Daily Mirror“ vom 1. April: „Es ist unlegbar, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage Österreichs nicht ewig dauern kann. Es ist geradezu absurd, Österreich und Deutschland davon abhalten zu wollen, den natürlichen Gesetzen des Zusammenlebens zu folgen.“

„Daily Express“ vom 11. April schreibt: „Frankreich ist böse, weil Deutschland und Österreich die Freiheit hatten, eine Zollunion zu planen. Das abgemagerte Überbleibsel der alten Habsburger-Monarchie sollte eine wirtschaftliche Wiederbelebung durch den Anschluß an das besiegte, aber fest entschlossene Deutschland erfahren. Briand sagte nein. Die Zentralmächte verteidig-

ten den Plan damit, daß man ihnen jede Möglichkeit zu einer Stärkung ihrer Wirtschaft geben würde, um die Reparationen zahlen zu können. Briand sagte nein. Es wurde vorgeschlagen, daß die deutschen Minister nach London zur Besprechung der ganzen Angelegenheit mit dem englischen Premierminister kommen sollten. Mac Donald sagte ja, Briand sagte nein. Die öffentliche Meinung in England ist aber der Ansicht, daß die Zentralmächte nicht nur in ihrem Rechte sind, sondern daß es keinen besseren Damm gegen das Vordringen des Bolschewismus gibt als eine starke mitteleuropäische Handelseinheit.“

„Daily Express“ vom 11. April bespricht in dem Leitartikel die Haltung Briands hinsichtlich des deutsch-österreichischen Zollplanes und der An-

regung der Londoner Aussprache und erklärt, die öffentliche Meinung Großbritanniens sei der Ansicht, daß die Mittelmächte in ihrem Rechte seien. Frankreich knallt mit der Peitsche, sagt das Blatt, wie lange muß man noch vor Frankreich zu Kreuze kriechen?

„Manchester Guardian“ vom 19. Mai: Die französischen Gegenvorschläge böten lediglich theoretischen Nutzen in einer wahrscheinlich sehr fernen Zukunft. Frankreich könne die Zollunion kaum durch politischen Druck verhindern, selbst die Friedensverträge könnten auf die Dauer Österreich und Deutschland nicht von der Beseitigung der Zollgrenzen abhalten. Das Verbot der politischen Vereinigung sei eine törichte und auf die Dauer nicht aufrecht zu erhaltende Bestimmung gewesen.

J. S. Kennworthy, Mitglied des englischen Unterhauses:

„Der Anschluß“ oder der politische und wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs ist eine Lebensfrage, wenigstens für Österreich, und diese Frage wird lebendig

bleiben.... Die Durchführung des Anschlußprogrammes könnte also ganz gut eine große Bewegung auslösen, die nach einer Beseitigung der dem Handel und Verkehr in Europa

gesetzten unnatürlichen Schranken strebt.“

„The New Statesman“ vom 30. Mai schreibt: „Auf jeden Fall geht der von Frankreich geführte Widerstand gegen den Plan eines deutsch-österreichischen Zollvereins aus politischen Antrieben hervor. Es ist die Furcht vor dem „Anschluß“, vor der Vergrößerung Deutschlands durch den Zuwachs Österreichs, der durch die Friedensverträge verboten ist. Es

besteht kein ehrlicher moralischer Grund für dieses Verbot. Früher oder später, das ist gewiß, werden Deutschland und Österreich sich miteinander vereinigen.“

„Les Annales“ vom 23. April veröffentlichten einen Artikel des früheren englischen Schatzkanzlers Winston Churchill über den öster-

reichisch-deutschen Zollvertrag. „Haben wir nicht alle die Zollhindernisse bedauert, die den Handel Europas beschränken, seine wirtschaftliche Prosperität verhindert haben? Hier ist endlich eines dieser Hindernisse gefallen. Haben wir nicht alle die Balkanisierung Europas beklagt? Hier ist endlich ein Schritt in der entgegengesetzten Richtung getan worden, in der Richtung, die Briand in seinem

Plan von der europäischen Einheit empfohlen hatte. Deutschland und Österreich haben jetzt gerade einen Beitrag zu jenem Briand so teuren Projekt der Einigung Europas geliefert, zur Verwirklichung jenes Planes, den Briand vor einhalb Jahren als Ideal gefeiert hat.“

Amerika:

Auf der letzten internationalen Handelskammertagung in New York wurde von zahlreichen amerikanischen Wirtschaftsführern und Politikern der Zollangleichungspakt als „der erste vernünftige Schritt seit Jahren“ bezeichnet.

Italien:

„Popolo d'Italia“ vom 7. April, das Blatt Mussolinis, bringt einen Artikel des Abgeordneten Polverelli, worin dieser seiner deutlichen Genugtuung Ausdruck gibt, daß mit dieser Zollunion dem Plan einer Erweiterung der kleinen Entente auf Österreich, Ungarn und Bulgarien zur Aufrichtung einer Donau- und Balkan-föderation unter französischem Einfluß der Gnadenstoß versetzt wurde.

Senator Borah am 26. Dezember 1932 in Washington:

„Es wird solange keine wirkliche Abrüstung geben, als die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain mit ihren gegenwärtigen Bestimmungen in Kraft sind.“

Ich hege die größten Sympathien für Österreich, gerade weil dieses Land so viele Schwierigkeiten zu überwinden hatte und auch weiter noch zu überwinden hat. Die kurz-sichtige Politik jener, die den österreichisch-deutschen Zollangleichungsvertrag zu Fall gebracht haben, ist heute für jedermann offenkundig. Alle, die gegen diese Politik sich stellen, treten damit einer natürlichen Vereinigung in den Weg, die niemandem Schaden bringen würde.“

Das Haager Gutachten 1931:

Der deutsch-österreichische Zollunionsplan kam durch das Gutachten des Haager Schiedsgerichtes zu Falle. Der Zollunionsplan wurde mit einer Stimme Mehrheit als unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom Jahre 1922 erklärt. Die Schiedsrichter exotischer Staaten, in Paris lebend, durch Frankreichs Einfluß in das Schiedsgericht berufen, waren ausschlaggebend. Die größten Völkerrechtler der Erde blieben mit einer Stimme in der Minderheit. Wir zitieren aus dem Sondergutachten des bedeutendsten Völkerrechtlers der Mehrheit, Anzilotti-Italien und aus dem Minderheitsgutachten der großen Völkerrechtler zwei Anklagen gegen den Geist von St. Germain:

Anzilotti (Italien)

„.....Man kann sich fragen, ob nicht ein gewisser Widersinn darin liegt, einem Staat zu gebieten, daß er leben soll und ihn zugleich in eine Lage zu bringen, die sein Leben aufs äußerste erschwert. Das bestreite ich nicht. Aber als Richter habe ich die Pflicht,

den Artikel 88 zu nehmen und anzuwenden, wie er ist, nach seinem Wortlaut und Geist.....“

Minderheitsgutachten.

Die vielfachen Beschränkungen, die der Handelsfreiheit Österreichs auf Grund des Vertrages von St. Germain auferlegt worden sind, sind wohl bekannt: ebenso diejenigen, welche ihm im Jahre 1922 durch die Protokolle II und III bei dem Plan der finanziellen Wiederherstellung auferlegt worden sind. Diese Beschränkungen haben Österreich auf dem Gebiet des Militärwesens, des Finanzwesens und der Wirtschaft betroffen, Gebiete, welche die nationale Souveränität sehr stark berühren. Keine dieser Bestimmungen hatte

den Charakter der Gegenseitigkeit, und dennoch sind sie alle für vereinbar mit der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs erachtet worden. Daraus dürfte sich a fortiori ergeben, daß ein auf Gleichheit und Gegenseitigkeit beruhendes Zollsystem, wie es im Wiener Protokoll in Aussicht genommen ist, die Unabhängigkeit Österreichs keineswegs beeinträchtigen könnte.

1932

Die österreichische Frage in der französischen Kammer

(Debatte über das Gesetz betreffend die Lausanner Anleihe 28. und 29. Dezember 1932)

Abg. Louis Marin: ...

Ein zweites Mal ist der Anschluß durch das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 verboten worden. Vergessen wir nicht, daß die Staaten Europas, die auf Verlangen des Völkerbundes Österreich die Anleihe gewährt haben, dies unter der Bedingung getan haben, daß nach den Bestimmungen des Artikels 88 des Vertrages von Saint Germain Österreich sich verpflichtet: „seine Unabhängigkeit nicht aufzugeben“ ... Das wiederholt das heutige Protokoll, und man läßt uns ein, für dieses neue Versprechen 350 Millionen zu garantieren ...

Ich frage Sie: Denken Sie, wenn man noch ein drittes Mal das in Betracht kommende Versprechen hervorholt, dieses mehr Wert haben wird, als das zweite oder das erste? ...

Die Vernichtung des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes im Haag:

Abg. Louis Marin: Immerhin setzten es die Anleihezeichnerstaaten von 1922 durch, daß die Angelegenheit vor den Haager Gerichtshof gebracht wurde, wo wir den Prozeß gewannen ... Abg. Jean Longuet: „Mit der Stimme Kolumbiens.“

Abg. Louis Marin: „Herr Longuet, wenn wir die Stimmen untersuchen würden, die von der einen und von der anderen Seite abgegeben wurden, würden wir darüber ein Erstaunen empfinden, das uns über die Majestät der Gerechtigkeit nicht beruhigen würde.“

Ich finde, daß die Entscheidungen der Richter, ihre Qualität, ihr Borgehen, ihre einzelnen Berichte sehr beunruhigend waren und daß die schönen Unterschriften von St. Germain und von 1922 in Gefahr waren, vom Gerichtshof nicht respektiert zu werden.“

Anleihepolitik.

Abg. Bienot: ... Täuschen wir uns nicht: die Anleihen, die wir bis zu diesem Tage an Mitteleuropa gewährten, haben unserem Land nicht jene Sympathie und Dankbarkeit eingetragen, die viele vorwegnahmen. Die Tatsache, so bedauerlich sie sein mag, besteht und wird von allen, die in Mitteleuropa gereist sind, bestätigt werden ...

Der Herr Kanzler Dollfuß erklärt, daß Österreich trachten muß, seine politisch-kommerziellen

Beziehungen mit den anderen Ländern zu verbessern, um seiner Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeit zu geben, und zwar nicht im Rahmen eines politischen Programms, sondern auf Grund der gegebenen Möglichkeiten.

„Auf Grund der gegebenen Möglichkeiten“, erklärt der Herr Kanzler Dollfuß und ich bitte Sie, meine Herren, diesen Ausdruck festzuhalten. Was sind diese Möglichkeiten tatsächlich? Es sind jene, die die französische Politik selbst beschränkt hat, es sind jene Möglichkeiten, die Frankreich Österreich selbst gezeigt hat, indem es im Haag den österreichisch-deutschen Zollunionsplan verurteilen ließ ...

Das Verbrechen der Friedensverträge:

Abg. Peri:

die zweite Frage, die sich erhebt, kann man folgendermaßen fassen: Welchem Zweck dient die österreichische Anleihe? Handelt es sich darum, der elendesten unter allen Bevölkerungen Hilfe zu bringen, die gleichermaßen unter einem verbrecherischen Vertrag wie unter den Folgen einer entsetzlichen Krise leidet?

Man versteht also, unter welchen außergewöhnlichen Bedingungen diese Anleihe vom Nationalrat angenommen wurde, zuerst mit einer Stimme Mehrheit im Nationalrat, dann im Bundesrat verworfen, dann in zweiter Lesung mit einer Majorität von zwei Stimmen angenommen, noch dazu wäre diese Majorität von zwei Stimmen nicht zustande gekommen, wenn vor der Debatte die beiden ehemaligen Kanzler Seipel und Schober nicht gestorben wären ...

... Es versteht sich, daß Österreich eines der am meisten verschuldeten Länder ist, das heute unmittelbar vom Zusammenbruch bedroht ist, aber verantwortlich sind dafür nicht die österreichischen Arbeiter; das sind jene, die im Jahre 1919 im Mittelpunkt Europas einen nicht lebensfähigen Staat geschaffen haben; die für diesen Stand der Dinge Verantwortlichen sind die Urheber des Vertrages von Saint Germain ...

Wir glauben in der Tat, daß die Verträge von 1919 schlecht sind. Wir glauben, daß die Völker deutscher Zunge das Recht haben, sich einander zu nähern und miteinander zu vereinigen, wenn dies ihr Wille ist. Wir wollen an einer Tat nicht teilhaben, die durch die Verschärfung der Vertragsbestimmungen die Leiden des österreichischen Volkes vergrößert.

Abg. Pierre-Etienne Flandin:

„Indem ich die österreichische Anleihe bekämpfe, habe ich das Gefühl, dem österreichischen Volk selbst zu dienen, und ich werde sofort sagen, warum ...“

Es ist eine Tatsache, daß Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig ist.

Es ist nicht lebensfähig, weil sich schon jetzt seine äußere Schuld auf 270 Millionen Schilling pro Jahr beläuft.

270 Millionen Schilling, wie kann man das im Haushalte für ein Land von sieben Millionen Einwohnern, ohne Großindustrie, ohne große Hilfsquellen an Rohmaterialien kompensieren? Kann man vernünftigerweise hoffen, daß alle Jahre die Handelsbilanz Österreichs derart günstig sein wird, um zu erlauben, diese Last von 270 Millionen Schilling aus fremden Anleihen zu ertragen?

Und haben Sie nicht die Empfindung, daß Sie alle Tage, wenn Sie die Schuld Österreichs erhöhen, eigentlich das Land mehr und mehr außerstande setzen, die von ihm eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen?

Und ich leugne es nicht, ich verkünde es, wir haben uns in diesem Augenblicke unserer finanziellen Macht bedient, um eine bestimmte Zahl von Zauderern oder von Gegnern für diese These, für den Tardieu-Plan, zu gewinnen.

„Wollen Sie, die Sie so oft von der Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Völker, ihrem Selbstbestimmungsrecht sprechen, daß Sie die Herren ihrer nationalen und internationalen Existenz bleiben, wollen Sie sich also dem Vorwurf aussetzen, daß man in ganz Österreich und hauptsächlich in den nationalen Kreisen Österreichs morgen sage, daß Frankreich für 350 Millionen Franken die Freiheit Österreichs in Ketten geschlagen habe?“

Im Interesse Österreichs ... ebenso wie Frankreichs, im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Mitteleuropas und der Aufrechterhaltung des Friedens lehne ich es ab, mich an einem Akt zu beteiligen, der einer vorübergehenden Verwirrung entspringt, der die aktuellen Fragen nicht löst und der für morgen die schwersten Täuschungen, ja tödliche Gefahren im Keim birgt.

Schweeden:

Spanien:

„El Sol“ vom 15. Mai schreibt: „Briand wie Herriot wissen nichts zu sagen, als daß das Zollabkommen das Vorbild für ein politisches Abkommen sei, also der Beginn einer mitteleuropäischen gegenüber der paneuropäischen Politik. Aber vorsätzlich verschweigen sie, daß das deutsch-österreichische Abkommen zum Ausdruck bringt, daß jedes Land, das diesen Wunsch hegt, sich ihm anschließen kann. Damit wird der erste würdige Schritt zu den Vereinigten Staaten von Europa getan, den Frankreich nicht mitmachen will. Trotz Briand tritt es täglich klarer zutage, daß Frankreich sich zum ausschließlichen Schiedsrichter über Europa machen will.“

Tschechoslowakei:

„Narodni Listy“ vom 13. April veröffentlichten einen Artikel des Führers der slowakischen Volkspartei, Slinka, über die deutsch-österreichische Zollunion: „Deutschland und Österreich führen jetzt das durch, was Briand theoretisch gepredigt hat. Sollten Österreich und Deutschland versuchen, die Friedensverträge umzustößeln, so werden wir unsere Pflicht tun. Aber wenn es sich um eine reine Brotfrage des armen Österreich handelt, so können wir es ihm nicht übelnehmen. Wir müssen den Anschluß an die Staaten suchen, die uns wirtschaftlich und geographisch am nächsten sind, und aus politischen Gründen müssen wir trachten, daß die Zollunion nicht nur auf Österreich und Deutschland beschränkt bleibt.“

Offenes Geständnis:

Abg. Robert Schumann:

Wenn wir heute nicht nur die Bestätigung dieses Protokolls von 1922, sondern seine Verlängerung für die Dauer von zehn Jahren erlangen, ist es ein Vorteil, den wir Franzosen nicht das Recht haben, mißzuverstehen.

... wäre es nun nicht ein wenig paradox, wenn Frankreich, seit jeder damit beschäftigt, die Auf- fangung Österreichs durch das Reich zu verhindern, es ablehnen würde, ein Abereinkommen zu ratifizieren, das einem solchen Zweck dient ...

Unsere ganze Donaupolitik ist der Einsatz in dieser Debatte ...

Diejenigen, welche imstande sein werden, die Hand auf ein erschöpftes Österreich zu legen, werden auch die Geschichte in Mitteleuropa leiten.

Frankreichs Angst:

In der Tat, meine Herren, wenn sich ein Deutschland gründete, wie es seinerzeit die Geschichte gekannt hat, unter der Form, wenn ich so sagen kann, einer weitläufigen Ellipse mit zwei Brennpunkten, von denen der eine Berlin und der andere Wien wäre, wer sieht da nicht die Gefahr, die für den Frieden besteht, wer weiß dann nicht, daß das der Traum, daß das der Ehrgeiz, daß das die beständig eingeständene offensichtliche Absicht der Großdeutschen ist? Ich glaube, daß dieser Hinweis genügt, um uns eine andere Politik zu raten.

Österreichs Zwiegespräch:

Abg. Herriot: ... Im Jahre 1923 war das österreichische Budget im Gleichgewicht und während zehn Jahren — beachten Sie das, meine Herren — hat Österreich für den Anleihebedienst ... vorforgen können. Zur Stunde hat Österreich bereits 40 Prozent dieser Anleihe amortisiert und die Garantie wurde nie in Anspruch genommen. Das ist die Wahrheit!

Abg. Flandin: Aber nein!

Abg. Herriot: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie es bestritten würden, soferne Sie vorziehen, zu warten ...

Abg. Flandin: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, aber es geschieht mit Ihrer Ermächtigung.

Ich will einfach mitteilen, daß der Anleihebedienst von 1922 nur durch die Erleichterung der Abwertungen aufrechterhalten werden konnte, die während dieser zehn Jahre nach Österreich ge-

flossen sind, durch vermutlich fremde Kredite, die in Österreich angelegt wurden.

Abg. Herriot: Wir werden sehen...

Abg. Flaudin: Aber tatsächlich, das sind die Auslandskredite, die das Defizit der Zahlungs- und Handelsbilanz ausgleichen und die Zahlungen gestatten haben.

Setzt wissen wir, was wir brauchen!

Abg. Herriot: Wollen Sie denn die Folgen der möglichen Aufrichtung einer großdeutschen Regierung nicht in Betracht ziehen? Glauben Sie, daß diese Folgen sich allein auf Österreich beschränken würden. Würden Sie nicht denselben Geist auf anderen Märdern- oder Kampfsgebieten finden, wo das Interesse Frankreichs und von ganz Europa im Spiele ist?

Wenn Sie überlegen wollen, wie die Geschichte der Abrüstungskonferenz seit einigen Monaten verlautet, werden Sie die Tragweite meiner Bemerkungen verstehen, wie distret ich sie auch immer machen wollte.

„Ein Ring in einer Kette.“

Ministerpräsident Paul Boncour: „Eine notwendige Operation der äußeren Politik? Mehr noch, denn das ist nicht eine diplomatische Kombination. Es ist mehr: Es ist eine notwendige Folge, ein Ring in einer Kette, dessen Bruch alles vernichten würde, was wir mit einer Beständigkeit verfolgt haben, welche die Regierungen überdauert und welche die Beständigkeit der französischen Politik ist.“

Was ist denn das Protokoll vom Jahre 1922 anderes als die Garantie, die wir als Gegenleistung für die finanzielle Hilfe an Österreich verlangen mußten und auch erhielten, und zwar so gut, daß die Kette... bis zu den Friedensverträgen von St. Germain und Versailles hinaufreichte.

Denn wir haben nicht mit dem Vertrage von St. Germain den Prozeß im Haag gewonnen, es geschah dies mit dem Protokoll aus dem Jahre 1922, dank den Bestimmungen, die in diesem Protokolle enthalten waren.

Das war einige Millionen wert.

Die Tatsache, das verhindern zu haben, was sich damals zu entwickeln drohte, das ist wohl einige Millionen und sogar einige hundert Millionen wert.

Abg. Maurice Le Corbeiller: „300 Millionen, das ist nicht teuer!“

Paul-Boncour: „Nein, das ist wirklich nicht teuer. Es handelt sich um einen Versuch des Wiederaufbaues.“

Unabhängigkeit?

Die Kommission für Auswärtiges hat dieses Protokoll vom Standpunkt der politischen und diplomatischen Garantien geprüft, die für Frankreichs Interesse in der Führung seiner auswärtigen Politik in Betracht kommen.

Und nach der Prüfung der Texte ergab sich, daß als einzige Bürgschaft gegen einen möglichen Anschluß — ob dieser nun von Norden, Osten oder Süden komme, in dem Protokoll von 1932 nur die Versicherung zu betrachten ist, daß die österreichische Regierung ihre früheren Verpflichtungen vom Jahre 1922 anerkennt und bekräftigt.

Das unabhängige Österreich.

Ministerpräsident Paul-Boncour: „Ich höre Ihren Einwand. Sie werden mir sagen: „Wozu dient der Text vom Jahre 1922?“ Ebenso wird man mir sagen: „Wozu ein neuer Text im Jahre 1932?“ Wir haben zwar die Artikel 80 und 88 der Verträge von Versailles und St. Germain, doch genügen diese?“

Ich hatte die Ehre, im Haag der Vertreter Frankreichs zu sein. Wenn Sie wüßten, wie sehr wir ohne Grundlagen gewesen wären, wenn wir zur Verhandlung nur den Text von Versailles und St. Germain gehabt hätten, wenn wir, um unseren Prozeß zu gewinnen, nicht das Protokoll aus dem Jahre 1922 gehabt hätten.

Wir haben den Prozeß im Haag gewonnen, wir haben den unbestreitbaren Schritt zum Anschluß, den die Kommission vorstellte, dank dem Protokoll von 1922 vermieden.

Nun, meine Herren! Das Protokoll, dessen Ratifizierung wir von Ihnen verlangen, schreibt diese Verpflichtung vor und verlängert sie, jene Verpflichtung, die uns im Haag von so unschätzbarem Werte war.“

1933

Die österreichische Frage im englischen Unterhaus

(Debatte über das Gesetz betreffend die Lausanner Anleihe am 20. Dezember 1932, 7. und 20. Februar 1933)

Üble Finanzaffären.

Der Liberale Lambert erklärte: Er sei der Meinung, daß Österreich der Anschluß an Deutschland gestattet werden sollte, wenn Österreich ihn wünscht.

Abg. Rhys Davies: „Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß das Haus eben eine der übelsten Geschichten der internationalen Finanz gehört hat. In der Tat kommt es auf das heraus, daß die englische Regierung es der österreichischen Regierung möglich macht, das Geld zurückzugeben, das sie der Bank von England schuldig ist. Ich will die Behauptung aufheben, daß die österreichische Regierung ihre interne Wirtschaft zur Zufriedenheit der Anleihe-mächte geordnet hat. Lassen Sie mich sagen, daß die österreichische Regierung ihre innere Wirtschaft — wie ich aus bester Quelle weiß — in einem solchen Ausmaße geregelt hat, daß sie tatsächlich die Pensionen der Altersrentner herabgesetzt hat, um die Geldverleiher und Anleihebesitzer zufriedenzustellen. Ich denke nicht, daß wir um jeden Preis im Unterhaus irgend einem Volk in der Welt auf irgend eine Weise helfen sollten, seine nationale Wirtschaft so zu organisieren, daß es die Pensionen seiner alten Leute reduziert.“

Die heiligen Verträge.

Abg. Davies: Das ist Ansichtssache. Aber diese Angelegenheit gibt es in Österreich selbst und im österreichischen Parlament Meinungsverschiedenheiten. Die Bedingungen dieser Anleihe wurden — es ist nicht lange her — nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Die nationale Sparamkeit bedeutet eine Herabsetzung der Löhne und Pensionen. Ich zögere nicht zu sagen, daß die Verträge revidiert werden müssen.

Sa, so ist es!

Mr. Lambert: „Dann kommt ein besondres schrecklicher Abfall: „Die Zahl der Selbstmorde in Österreich hat im Vergleich zum Jahre 1930 um 88 Prozent zugenommen und der traurigste Zug ist, daß diese Selbstmorde fast allein vor sich gehen. Ehemänner nehmen ihre Frauen mit und so viele Kinder als sich im kritischen Augenblick unter ihrer Obhut befinden.“

Sollen wir tatsächlich britisches Geld herbor-gen, um die französische Politik zu fördern? Das nächste wird eine vom Völkerbund ausgegebene Anleihe sein, um Deutschlands Zustimmung zum politischen Korridor oder so etwas ähnliches zu erhalten.“

Bosannen des Gerichtes.

Abg. Devan: „Eine der Schwächen des Völkerbundes besteht darin, daß der Bund lediglich eine Verschönerung zur Aufrechterhaltung der Grenzen ist, die durch den Friedensvertrag gezogen wurden. Jeder Versuch, diese Völker finanziell am Leben zu erhalten, wenn sie wirtschaftlich tot sind, muß in einem Zusammenbruch enden. Das österreichische Volk versucht das Problem durch eine Kollunion mit Deutschland zu lösen, mit dem es viele geschichtliche und wirtschaftliche Beziehungen hat, doch dies paßt der französischen Politik nicht und die Franzosen lieben Österreich Geld, um es bankrott zu erhalten. Es war österreichische Politik, daß das Land nur dann wieder gesund

werden könne, wenn es imstande wäre, sich mit einer wirtschaftlichen Einheit zu vereinigen, die es genügend ergänzt, aber das Gefühl Frankreich nicht und Frankreich gab Österreich Geld unter der Bedingung, daß das Kollunionsprojekt aufgegeben werde. Wir müssen Geld herleihen, nicht für den Zweck, wie dies der Finanzsekretär sagt, um das Land auf die Füße zu stellen, sondern um es bankrott zu erhalten, denn der Bankrott ist das Objekt der französischen Außenpolitik. Unsere Nation, die sich stets ihrer liberalen und humanitären Außenpolitik gerühmt hat, erlaubt es, daß sie zu einem Garanten der französischen Finanzpolitik wird, um in Mitteleuropa ein System der Anarchie aufrechtzuerhalten, das schließlich zum Krieg führen muß. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, wo sich dieses Volk von diesen Verpflichtungen freimachen muß. Ich hoffe, daß dies die letzte unserer Anleihen an Österreich ist...“

Die Mißgeburt.

Captain Cunningham-Reid: „Wenn eine Stadt von zwei Millionen Menschen mit einem halben Duzend verarmter Alpenprovinzen zusammengeworfen wird, und man ihnen sagt, daß sie trotz ihres Widerspruchs eine Wirtschaftseinheit sind, können wir uns darüber wundern, daß von den Verbündeten, die für den ursprünglichen Vertrag verantwortlich waren, dauernde Unterführungen verlangt werden? Unzweifelhaft sind wir zum Teil verantwortlich für diese Mißgeburt, die einen für ihren Körper dreimal so großen Kopf besitzt.“

Freunde oder Schergen?

... Ich fühle, daß Österreich zweifellos denken wird, es habe die Schergen nicht nur herbeizurufen, sondern sie noch zum Luch auszuführen...“

Sir Samuel: „Ich gebrauche das Wort „Zusammenbruch“ nicht gerne, doch ich denke, daß es besser gewesen wäre, es zu dem unabwendbaren Krach Österreichs kommen zu lassen, statt ihn aufzuschieben. Diese Anleihen an fremde Länder für politische Zwecke sollten ein Ende nehmen.“

Der Wahrheit eine Gasse!

Abg. Mander: „Es folgt daher, daß für die nächsten zwanzig Jahre eine Kollunion zwischen Österreich und Deutschland ungeschicklich und unmöglich bleiben wird. Wir sollten irgendeine Rechtfertigung der Regierung darüber hören, wie sie dazu kam, der Ausgabe der Anleihe unter solchen Bedingungen zuzustimmen. War sie verpflichtet, so zu handeln? Sicherlich hätte sie darauf bestehen können, daß die Anleihe von solchen Fesseln frei bleibe, denn sie sind äußerst unfair und unvernünftig im Falle Österreichs, das geographisch und wirtschaftlich infolge des Krieges in einer schwierigen Lage ist. Möglicherweise ist eine Kollunion zwischen Österreich und Deutschland zu beschränkt und es sollte ein weiterer Raum da sein, um diesen ganzen Teil Europas einzubeziehen, doch ist es unangenehm, diesem neuen Plan zuzustimmen, der durch zwanzig Jahre die Fesseln verlängert, die Österreich durch das Protokoll von 1922 angelegt wurden...“

Sir C.ripps: „Wir glauben, daß, wenn dieses Problem in Angriff genommen werden soll,

dies nur so geschehen kann, daß man das ganze mitteleuropäische Problem in Erwägung zieht, und daß wirtschaftliche Einheiten errichtet werden, welche fähig sind, sich selbst zu erhalten. Aus diesem Grunde ist die Verpflichtung, welche Österreich als Bedingung für diese Anleihe auferlegt wurde, während 20 Jahren keine Kollunion mit Deutschland einzugehen, eine sehr ernste Beeinträchtigung, die außerdem für die europäische Lage sehr ungünstig gewirkt...“

Schmutzige Intrigen.

Mr. Braden: „... Ich glaube, das Haus wird alle Achtung verlieren, wenn es ein solches Gesetz annimmt. Der Sekretär für Auswärtiges machte ferner großes Aufsehen davon, daß Italien und Frankreich an dieser Anleihe beteiligt sind, doch gab er dem Hause keine Aufklärung über die von Frankreich und Italien geforderten Vorbehalte. Denn diese stellten die Bedingungen, daß Österreich die so wünschenswerte Kollunion mit Deutschland nicht eingehen dürfe (very desirable Customs Union with Germany). Wir sollen also in diese schmutzigen Intrigen zwischen italienischen und französischen Politikern über den Leichnam Österreichs hineingezogen werden. (We are being dragged into these squalid intrigues between Italian and French politicians over the corpse of Austria.) Ich glaube, daß das ein Fehler ist. Wenn Frankreich und Italien Österreich in ein Armenhaus verwandeln wollen, dann möge man ihnen sagen, sie sollen es behalten, aber ich bin nicht der Ansicht, der englische Steuerzahler dürfe dafür in Anspruch genommen werden...“

Warnung!

Mr. C. Williams: „... Sie haben kein Recht, wie ich es sehe, an solchen Verträgen teilzunehmen, die mitteleuropäischen Ländern, welche augenblicklich in hoffnungsloser Ohnmacht infolge der durch die Friedensverträge auferlegten Lasten sind, neue Lasten aufzubürden. Ich glaube, das Haus hat das Recht, es klar und ein für allemal zu wissen, ob eine Auslandsverpflichtung dieser Art vorliegt oder nicht.“

Mr. Williams: „Ich nehme die Erklärung zur Kenntnis, daß dieser Vertrag auf denselben Grundlagen wie der von 1922 beruht. Dieser Vertrag verlängert ihn für weitere 20 Jahre, und das mag die Ursache für die mißverständliche Meinung vieler Leute sein. Es herrscht der starke Eindruck vor, daß Sie die früher festgelegte Zeit verlängert und es dadurch erschwert haben, die wirtschaftlichen Sperren in Mitteleuropa niederzureißen. Ich glaube, daß dies eine sehr schlechte Bedingung in diesem Vertrage ist. Wie mein Vorredner sagte, besteht keinerlei geheime Abmachung, aber es ist eine merkwürdige Tatsache, wie viele Leute glauben, daß Sie in diesem Vertrage etwas tun, was eine wirkliche wirtschaftliche Lösung der Politik der mitteleuropäischen Mächte erschweren wird.“

Die einzige Rettung.

Captain Cazalet: „... Mit der Mehrheit von einer Stimme legte der Internationale Saager Gerichtshof das Protokoll (Genfer Protokoll von 1922, b. Aber.) als Verbot an Öster-

reich aus, eine Kollunion mit Deutschland zu bilden. Viele von uns hier, viele Leute auf dem Festland und ein großer Teil des Volkes in Österreich glaubt, daß Österreichs einzige wirtschaftliche Rettung davon abhängt, eine Kollunion mit Deutschland schließen zu können. Trotzdem hindern wir Österreich endgültig daran, gerade das zu tun, was es in eine gesunde finanzielle Lage bringen würde... Ich glaube, daß die Mehrheit des Volkes in Österreich mir beistimmen würde, wenn ich erkläre, daß ich bezüglich der zukünftigen Lebensbedingungen Österreichs zutiefst pessimistisch absehe...“

Meine Ansicht ist, daß wir zu keiner Lösung der politischen, wirtschaftlichen Fragen oder der Abrüstungsfrage gelangen werden, denen sich Europa gegenüber sieht, bevor wir oder irgend jemand sich gründlich mit der gegenwärtigen Landkarte Österreichs beschäftigen. Wir wissen, daß die heutige wirtschaftliche Struktur Europas eine vollständige Anomalie darstellt.“

Verderbliche Anleihen.

Captain Fuller: „... je mehr Geld wir Österreich leihen, desto mehr tragen wir zur Verschlechterung seiner Lage bei... Zu all dieser Verschuldung und zur steigenden Zahl seiner Verpflichtungen kommt noch, daß Österreichs handelspolitische Lage hoffnungsloser ist als jemals zuvor... je mehr wir ihm borgen, desto mehr verschlechtern wir seine Lage und wir selbst leiden an den Folgen.“

Mr. J. Jones: „... Niemand in diesem Hause glaubt wirklich, daß Österreich seine Schulden jemals zurückzahlen kann. Es hat bei verschiedenen Ländern geborgt und diese Länder halten den Säugling...“

Wir zahlen nun für den großen Fehler — ich sage nicht, daß es etwas anderes war — den wir beim Abschluß des Vertrages gemacht haben (Friedensvertrag). Wir haben Europa in einen Kampfplatz für Hahnenkämpfe verwandelt, der schlimmer aussieht als Belgien während des Krieges. Wir haben einen Korridor gemacht und derartige internationale Verwicklungen geschaffen, daß wir weitere hundert Jahre brauchen werden, sie in Ordnung zu bringen.“

Eine Feststellung.

Mr. Boothby: „... Die französische Regierung hat der Ergänzung dieser Anleihe und der gemeinsam mit uns zu leistenden Garantie einfach aus dem Grund zugestimmt, um Österreich daran zu hindern, das einzige zu tun, was es zur Schuldentrückzahlung befähigen würde, nämlich eine Wirtschaftsvereinigung mit einem größeren Gebiet einzugehen, möglicherweise mit Deutschland.“

Eine Bedingung dieser Anleihe ist es, daß der Anschluß nicht stattfindet; doch glaube ich nicht, daß sich Österreich ohne Anschluß jemals wirtschaftlich erholen oder eine gesunde, zufriedenstellende wirtschaftliche Einheit werden kann. Dies ist unmöglich. Die Verwirrung geht gerade- wegs zurück auf den Vertrag von St. Germain. Der gegenwärtige Zustand in Mitteleuropa ist sowohl vom politischen, als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unmöglich...“

Gottheit, Ewigkeit und St. Germain

Mr. Cocks: „... Aus gewissen Gründen ist es ihm unmöglich, wenigstens auf jeden Fall jetzt, mit einigen seiner Nachbarn, die die Donaufstaaten genannt werden, eine Kollunion einzugehen und aus diesem Grund hat sein Volk nordwärts nach Deutschland geblickt und den Ehrgeiz genährt, mit einem Land eine Kollunion zu schließen, mit dem es schließlich durch mannigfaltige Bänder sowohl der Rasse als der Geschichte verknüpft ist...“

Die Finanzsekretär sagt, daß der Vertrag von St. Germain die Lage für alle Zeiten festlegt. Dieses Gesetz legt sie nur für 20 Jahre fest. Dies ist nun einer der wenigen Fälle, wo die Zeit länger ist als die Ewigkeit, denn es ist absurd, bei der Verhandlung mit Staaten und Völkern zu sagen, daß sie irgend etwas für alle Zeiten zu unterlassen hätten... wenn man festlegt, daß ein Staat sich niemals mit einem anderen vereinigen oder eine Kollunion eingehen dürfe, so sagt man etwas Sinnloses, besonders wenn man sieht, was die Geschichte Europas in der Vergangenheit gewesen ist oder voraussetzt, was sie in Zukunft sein wird. Die einzige Macht, die einem Staat sagen kann, „Niemals“ ist die Gottheit, und sicherlich stand diese Macht nicht hinter dem Vertrag von St. Germain oder hinter irgendwelchen anderen Verträgen, die den Krieg beendet haben.

Achtung! Anmeldefchein

hier abschneiden
und auf eine Postkarte aufkleben

Ich trete dem Österreichisch-Deutschen Volksbund bei
als ordentliches Mitglied mit einem Jahresbeitrag von S 3.- (einschließlich Bezug der Bundes-
zeitschrift „Der Anschluß“)
als unterstützendes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von S 1.-

Deutsch:

Name

Beruf

Anschrift

Name und Anschriften von Personen, die als Mitglieder geworben werden
könnten:

ikgs
(Nicht zutreffendes streichen!)